

Newsletter Studienbereich Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit

Schwerpunkt Krisen

März 2013, Nr. 12

Editorial	3
Die Soziologie und die Krisen der Gesellschaft <i>Peter IMBUSCH</i>	6
Die Krise verstehen - Konzepte und Analysen zum besseren Verständnis der derzeitigen Verwerfungen <i>Sebastian SCHIEF, Ivo STAUB</i>	12
"Als Schuldner nackt an den Pranger gestellt, leidet ein "Land" - die griechische und europäische Staatsschuldenkrise im historischen und globalen Kontext <i>Christian SUTER</i>	26
Die Entwicklungsländer in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise <i>Marc HERKENRATH</i>	30
Bewegungen und Proteste in der Krise <i>Maurizio COPPOLA</i>	37
Sorgekrise - ein Handbuch-Artikel <i>Ulrike KNOBLOCH</i>	41
Zur Konstruktion der "Asylkrise" und die Neustrukturierung des Asylbereichs <i>Jacqueline KALBERMATTER</i>	51
Konversion als Krisenbewältigung? Reflexionen aus empirischer Warte <i>Amir SHEIKHZADEGAN</i>	59
Suizidversuch(e) als Ausdruck einer persönlichen Krise? Empirische Betrachtungen <i>Silvia STAUBLI</i>	66

Mitdenken – Mitreden – Mitgestalten

Fachschaft

70

Wir gratulieren!

Abschlüsse

71

Impressum

Dieser Newsletter wird vom deutschsprachigen Studienbereich Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit der Universität Freiburg (CH) herausgegeben. Er erscheint einmal pro Semester.

Die Meinungen der Autorinnen und Autoren müssen sich nicht mit denjenigen des Studienbereichs decken.

Abdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Quellenangabe erwünscht.

Redaktion: Ruedi Epple, Amir Sheikhzadegan, Ivo Staub

sopa@unifr.ch

Editorial

Amir SHEIKHZADEGAN und Ivo STAUB

Der Lebenslauf einzelner Menschen und die Entwicklung überindividueller Strukturen, wie Familien, Organisationen oder Institutionen, vollziehen sich im Spannungsverhältnis von *Stabilität* und *Wandel*: Phasen von (scheinbarer) Beständigkeit, Perioden des kontinuierlichen Wandels und diskontinuierliche Umbrüche sind eng miteinander verwoben.

Gewisse Veränderungen von Lebenssituationen und von sozialen Ordnungen werden in der Selbstbeschreibung der Gesellschaft besonders hervorgehoben und als „Krise“ bezeichnet: ein als wertvoll eingeschätzter Zustand wird angeblich durch Veränderungen bedroht und sein Weiterbestehen ist scheinbar gefährdet. Die Krisensemantik, gleichsam ob es sich um eine individuelle oder gesellschaftliche Krise handelt, impliziert eine problematische Abweichung von einem wünschenswerten und vermeintlich stabilen Normalzustand. Wird diese nicht rechtzeitig behoben, so befürchtet man den Zerfall der jeweiligen Ordnung. Dadurch beinhaltet die Verwendung des Begriffs „Krise“ eine normative Wertung eines gesellschaftlichen Sachverhalts. Man nimmt Stellung zugunsten einer realen oder imaginären Normalität und gegen Abweichungen davon. Was aber der Normalzustand und die problematischen Abweichungen sind, hängt von der Position des Beobachters und seinem Wertesystem ab: was die einen für wünschens- und beschützenswert halten, kann für andere eine Bürde sein, die es zu beseitigen gilt.

Als SozialwissenschaftlerIn ist man angehalten, genau hinzuschauen, wenn eine persönliche oder soziale Situation als „Krise“ dargestellt wird. Durch diese Rahmung wird eine Sachlage diskursiv auf die Ebene eines persönlichen oder sozialen Problems gehoben, das es dann zu bewältigen gilt. Der Gebrauch einer Krisenrhetorik ermöglicht es Akteuren, Aufmerksamkeit auf einen bestimmten Sachverhalt zu lenken und ihre Deutungen im öffentlichen Diskurs zu positionieren. Kurzum, wie abrupt und in welchem Ausmass auch immer ein sozialer oder biographischer Wandel geschehen mag: erst dann wird er zu einer Krise, wenn er auch als solche kategorisiert wird. Daher stellen sich bei der Untersuchung von Krisen auch Fragen wie: Für welche Akteure stellt der Wandel eines Sachverhalts eine Krise dar? Welche Werte werden durch eine Krise bedroht? Wer verfügt über die Definitionsmacht, um bestimmte Werte bzw. soziale Strukturen als schützenswert einzustufen? Wer profitiert von einer Krise und wer von den Interventionen?

Das Thema „Krisen“ ist offensichtlich in vielfältiger Weise mit den Schwerpunkten des Studienbereichs *Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit* verbunden, was sich

in der vorliegenden Ausgabe des Newsletters zeigt. Die Fülle des Themas reicht von weltgesellschaftlichen über innerstaatliche bis zu persönlichen Krisen.

Im ersten Artikel stellt *Peter Imbusch* vielfältige Berührungspunkte zwischen dem Konzept „Krise“ und der Soziologie dar. So versteht sich die Soziologie seit langem als „Krisenwissenschaft“ und sie besitzt dementsprechend ein reichhaltiges Repertoire an Konzepten zum Verstehen von Krisen.

Diesen konzeptionellen Reflexionen folgen drei Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzkrise.

Sebastian Schief und *Ivo Staub* setzten sich mit den Deutungsmustern der gegenwärtigen Wirtschaftskrise auseinander, die jeweils verschiedene Problemdeutungen, Ursachenzuschreibungen und Lösungsansätze propagieren. Konkret stellen sie die neoliberale Position, die keynesianische Position und Ansätze, welche die Problemursache im kapitalistischen System selbst identifizieren, vor.

Christian Suter stellt die aktuelle griechische Staatsschuldenkrise in einen historischen und internationalen Kontext. Es zeigt sich, dass Griechenland seit Anfang des 19. Jahrhunderts immer wieder Zahlungsprobleme mit Auslandsschulden hatte, was jeweils zu langwierigen Verhandlungen mit den Gläubigern bezüglich der Umschuldung führte.

Der Beitrag von *Marc Herkenrath* befasst sich mit den Folgen der globalen Wirtschaftskrise auf die Entwicklungsländer und fordert in Anbetracht der Rückschritte im Wirtschaftswachstum und in der Armutsbekämpfung neue Entwicklungsstrategien jenseits neoliberaler Globalisierungspolitik.

Den Beiträgen mit (sozio-)ökonomischem Fokus folgen Artikel, welche Krisen aus anderen Blickwinkeln bzw. in anderen Lebensbereichen unter die Lupe nehmen.

Der Artikel von *Maurizio Coppola* beschäftigt sich mit zwei aktuellen Büchern zu zivilgesellschaftlichen Krisenprotesten, die von bewegungsnahen Sozialwissenschaftlern verfasst wurden. Anhand von Fallbeispielen aus der Occupy-Bewegung und dem „arabischen Frühling“ dokumentieren die beiden Schriften die Modalitäten und Merkmale dieser neuen sozialen Bewegungen.

Ulrike Knobloch befasst sich mit der globalen Sorgekrise. Diese bezeichnet den Umstand, dass die Nachfrage nach Sorgearbeit das entsprechende Angebot übersteigt. Der Beitrag resümiert die Gründe zur Entstehung und mögliche Ansätze zur Überwindung der Sorgekrise.

Die Konstruktion der Schweizerischen „Asylkrise“ ist das Thema des Beitrags von *Jacqueline Kalbermatter*. Sie dokumentiert das Scheitern des Versuchs, Migrationsbewegungen mit einfachen Kategorien (wie Arbeitsmigration, „echte“ und „unechte“ Flüchtlinge) zu fassen und mit rechtlichen Instrumenten zu lenken.

Abgerundet wird der Newsletter mit zwei Texten zu Krisen und dem Umgang mit Krisen auf der Individualebene.

Der Beitrag von *Amir Sheikhzadegan* fokussiert auf das Verhältnis von individuellen Lebenskrisen und religiöser Konversion (hier als spirituelle Transformation verstanden). Er zeigt unterschiedliche Konfigurationen auf, wie Krisen und Konversion zusammenhängen.

Um individuelle Lebenskrisen geht es auch bei *Silvia Staubli*, nämlich um Suizide und Suizidversuche. Sie bespricht die entsprechende Situation in der Schweiz und thematisiert Risikofaktoren und Gefährdungsgruppen.

Wir wünschen Ihnen eine interessante und inspirierende Lektüre.

Die Soziologie und die Krisen der Gesellschaft

Peter IMBUSCH*

„Krise – welche Krise?“ So ließe sich treffend fragen angesichts der Vielzahl von Krisen auf ganz unterschiedlichen Ebenen der Gesellschaft und in ganz verschiedenen Bereichen. Die öffentliche Aufmerksamkeit und die entsprechenden Diskurse sind ja scheinbar allgegenwärtig und auf höchst unterschiedliche Krisenphänomene gerichtet, die in verschiedene „Zuständigkeitsbereiche“ fallen. Da auch die Art der Krisen, ihre Schwere und ihr Ausmaß bekanntlich variieren, scheint verallgemeinerndes Krisengerede Fehl am Platze zu sein. „Krise – welche Krise?“ hat aber noch eine andere Bedeutung: Der Satz verweist nämlich zusätzlich darauf, dass eine Krise für die einen nicht unbedingt auch eine Krise für die anderen sein muss. Das ist im individuellen Falle unmittelbar einleuchtend, trifft aber auch für gesellschaftliche Krisen zu. Neben Krisenverlierern gibt es deshalb immer auch Krisengewinner, die Auswirkungen und Folgen von Krisen verteilen sich offensichtlich ungleichmäßig über die Gesellschaft. Hier deutet sich schon eine erste Aufgabe der Soziologie im Umgang mit Krisen an.

Vielleicht ist es sinnvoll, zu Beginn dieses Essays ein paar Gedanken auf die etymologischen Wurzeln des Begriffs Krise zu verwenden, machen sie doch schnell deutlich, um was es eigentlich geht. Eine Krise bezeichnet grundsätzlich eine als problematisch angesehene und mit einem Wendepunkt versehene Entscheidungssituation. Das aus dem Griechischen stammende Substantiv *krísis* meint ursprünglich „Meinung“, „Beurteilung“ und „Entscheidung“, das altgriechische Verb *krínein* „trennen“ und (unter-)„scheiden“. Die Krise als „Ent-Scheidung“ oder „entscheidende Wendung“ verweist auf eine schwierige Situation, die den Höhepunkt – manchmal auch den Wendepunkt – einer als bedrohlich perzipierten Entwicklung darstellt. Ob der Höhepunkt auch einen Wendepunkt darstellt, kann jedoch immer erst post-hoc festgestellt werden. Verstetigt sich dagegen die bedrohliche Situation oder verstärkt sie sich sogar, dann spricht man vom Niedergang, der ggf. in eine Katastrophe münden kann. Krisen sind in der Regel dadurch gekennzeichnet, dass sie mit den herkömmlichen Problemüberwindungstechniken nicht mehr bewältigt werden können. Schon die Semantik von Krise verweist hier also auf die dringende und wünschenswerte Abhilfe. Doch unter welchen Bedingungen ist eine solche Abhilfe überhaupt möglich? Und welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit Krisen positiv ausgehen? Hier deutet sich schon eine zweite Aufgabe der Soziologie in der Analyse von Krisensituationen an.

* Dr. Peter Imbusch ist Professor für Politische Soziologie an der Bergischen Universität Wuppertal und regelmässiger Lehrbeauftragter an der Universität Freiburg (CH). E-Mail: pimbusch@uni-wuppertal.de

Was hat die Soziologie nun mit den Krisen zu tun? Zwischen der Soziologie und dem Phänomen der Krise gibt es zunächst einmal eine Fülle organischer Bezüge. Zum einen gilt (oder galt) die Soziologie lange Zeit als „Krisenwissenschaft“ par excellence. Sie ist quasi aus einer gesellschaftlichen Krisensituation heraus geboren worden, die Wirren des Übergangs von der feudalen zur modernen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft eröffneten ihr erst die sozialen Räume zur Entstehung. Der gesellschaftliche Umbruch und die aufklärerische Kritik an den bis dato bestehenden Verhältnissen verliehen ihr eine eigenständige Berechtigung und Relevanz. Die noch ganz im Geiste des Fortschritts agierende Soziologie wollte mit ihren Konzepten und Analysen zur Gestaltung und Verbesserung der Gesellschaft aktiv beitragen. Zum anderen sind Soziologen nicht nur Chronisten von Krisen, sondern sie besitzen in ihrer selbst-reflexiven Art und durch ihre Erkenntnisinstrumente auch ein feines Sensorium für die Krisen des eigenen Fachs. Die viel beschworene „Krise der Soziologie“ wurde wahlweise am drohenden oder realen Einflussverlust der Soziologie, wahlweise an den als relevant erachteten Themenfeldern (Stichwort: „gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit“) oder der drohenden Konkurrenz anderer Fachdisziplinen in Bezug auf ihre Deutungshoheit für gesellschaftliche Entwicklungen und Prozesse festgemacht. Übersehen wurde dabei jedoch häufig, dass die Krise der Soziologie gerade in solchen Momenten beschworen wurde, in denen sie an den Universitäten so fest wie nie zuvor etabliert war und Feuilletons wie Öffentlichkeit umfassend „soziologisiert“ waren. Wer käme heute noch ohne eine mal mehr oder mal weniger verflachte soziologische Erkenntnis aus! Eine dritte mögliche Lesart der Verbindung von Soziologie und Krise bringt schließlich die Soziologie als eine kompetente Krisenbearbeitungs- bzw. Krisenlösungswissenschaft ins Spiel. Bei der Soziologie werden dabei Fähigkeiten vermutet, die sie in besonderer Weise als geeignet erscheinen lässt, Krisen besser zu verstehen als andere und die gesellschaftlichen Implikationen von Krisen analysieren zu können. Und dies insbesondere deshalb, weil die Soziologie das große Ganze einer Gesellschaft zu erfassen vermag, sie einen Blick auf Akteure und Strukturen, auf Prozesse und Entwicklungen wirft, die dazu geeignet sind, die vermeintlichen Rätsel einer Gesellschaft zu enträtseln und allfällige Mythen zu entmythologisieren. So wie Gesellschaft eine von Menschen gemachte und durch menschliches Handeln veränderbare Ordnung ist, so wären auch Krisen von Menschen (bewusst oder unbewusst) herbeigeführte Prozesse, die eben keine „natürlichen“ Prozesse sind, sondern für deren Entstehen und Vergehen die Menschen und ihre Handlungen selbst verantwortlich sind.

Doch ist die Soziologie wirklich die bessere Wissenschaft von der Krise im letztgemeinten Sinne? Und wenn nein, was kann sie dann Spezifisches zur Krisendiagnose beitragen? Sicherlich wäre es eine gewisse Anmaßung zu behaupten, die Soziologie hätte die besten Krisenkonzepte. Dafür ist die Art der Krisen zu unterschiedlich und vielfältig, als dass diese weitgehend einheitliche Maßnahmen zur Abhilfe vertragen würden. Auch ihre prognostischen Fähigkeiten – nennen wir es lieber antizipatori-

schen Potenziale – lassen beizeiten durchaus zu wünschen übrig. Vielleicht lässt sich aber sehr wohl behaupten, dass die Soziologie über spezifische Analysekonzepte verfügt, die sie in der Auseinandersetzung mit Krisen in eine vorteilhafte Position gegenüber anderen Wissenschaften bringt. Dies wird deutlich, wenn man sich einmal die gängigen gesellschaftlichen Umgangsweisen mit Krisen genauer anschaut. Die erste Umgangsweise möchte ich die „Normalisierungsperspektive“ nennen. Die „Normalisierungsperspektive“ sieht Krisen einerseits als Normalfall der Entwicklung moderner Gesellschaften, andererseits immer auch schon als Chance. Moderne Gesellschaften zeichneten sich nun einmal durch eine ungeheure Dynamik, ständige Veränderung und grundlegende Umwälzungen in allen ihren Bereichen aus, so dass eigentlich nicht so sehr das Auftreten von Krisen selbst, sondern eher das Ausbleiben von Krisen oder die relative Krisenfestigkeit verwundern müsse. Diese Perspektive ließe sich typologisch mit ganz unterschiedlichen „Kronzeugen“ verbinden: Hierzu gehört der abgeklärte Wissenschaftler, der v.a. ein Interesse an der deskriptiven Erfassung der Gesellschaft hat, ebenso wie der Ökonom, für den Krisen unter kapitalistischen Bedingungen quasi etwas Natürliches und Krisenzyklen dann die unabwendbare Folge sind, aber auch systemtheoretisch argumentierende Soziologen, wo zwar System- und Funktionskrisen unterschieden werden, ansonsten aber Entwicklungsprozesse eher nach dem Motto verlaufen: „Es geht immer alles weiter“. Die Chance wird hier letztlich entweder normativ postuliert oder als eine Art *deus ex machina* entworfen. Irgendwie erwachse schon das Rettende aus der Gefahr! Die zweite Umgangsweise möchte ich die „Katastrophenperspektive“ nennen. Die „Katastrophenperspektive“ betrachtet die Krise selbst schon als das zu Vermeidende und Abzuwendende, eben als die Katastrophe – nicht lediglich als eine Vorstufe auf dem Weg dorthin. Diese v.a. in konservativen Gesellschaftstheorien mit einer starken Orientierung auf Integration und Konfliktfreiheit anzutreffenden Vorstellungen können im Grunde durch ihre eigenen theoretischen Grundlagen und Prämissen schon nicht verstehen, wie es überhaupt zu Krisen und Konflikten kommt, noch weniger haben sie gesellschaftstaugliche Konzepte für den Umgang mit Krisen. In der Regel überwiegen hier panische Überreaktionen, die sogleich den durch die Krise ausgelösten Untergang der Gesellschaft oder zumindest den Zerfall einer wünschenswerten und guten Ordnung beschwören. Die dritte Umgangsweise betrachtet die Krise als einen Indikator für bestimmte gesellschaftliche Fehlentwicklungen, die es zu bewältigen und zu beheben gilt. Hier herrscht weder fröhliche Zuversicht noch blanker Zynismus, sondern eine sachlich-nüchterne Perspektive auf das vor, was in der Gesellschaft nicht mehr stimmt – *eo ipso* sich als Krise zeigt und wieder justiert werden sollte. Ob die Krise auch eine Chance beinhaltet, wird dabei nicht präjudiziert, sondern ergibt sich erst aus einer genauen Analyse der Krisenursachen, des Krisenverlaufs und der Krisenbewältigungspotenziale einer Gesellschaft. Auch die Frage, ob sich nach der Krise die

Situation wirklich zum Besseren wendet, bleibt zunächst einmal offen und empirisch zu überprüfen.

Diese dritte Umgangsweise beinhaltet nun auch die spezifischen Stärken einer soziologischen Krisendiagnose. Krisen fallen gewöhnlich nicht vom Himmel, sie deuten sich an, sie haben einen gewissen Vorlauf, in dem man bestimmte Krisensymptome feststellen kann, die dann gedeutet werden und verstanden sein wollen. Wichtig ist dabei die Kombination einer handlungs- und strukturtheoretischen Komponente, die Erklärungspotenziale für Krisen sowohl auf der Mikro-, der Meso- wie auch der Makro-Ebene der Gesellschaft bereithält.

Was sieht man also mehr, wenn man sich mit soziologischem Rüstzeug den Krisen nähert? Zunächst einmal – und das ist bereits nicht wenig – ist man davor geschützt, zu übergesellschaftlichen, transzendenten oder natürlichen „Erklärungen“ Zuflucht zu suchen. Krisen entstehen durch das Handeln von Menschen und Gruppen (wenn auch manchmal „hinter dem Rücken der Akteure“), sie finden sich im Kontext bestimmter gesellschaftlicher Strukturen wieder, und sie erfahren ihre spezifische Ausprägung durch einen gesamtgesellschaftlichen Rahmen, der durch eine Gemengelage von Interessen geprägt ist und der je nach Art der dominanten Interessen mal stärkere Widerstandskräfte, mal schwächere Widerstandskräfte gegen Krisen zu mobilisieren vermag. Die Rückkopplung von individuellen oder kollektiven Entscheidungen an Handlungskonstellationen und Interessen, ohne soziales Handeln als „rational“ zu restringieren oder in seinen Handlungsmotiven eng zu führen, ist also der erste Gewinn einer soziologischen Perspektive.

Die gesamtgesellschaftliche, in gewisser Weise auch holistische Perspektive, welche die Soziologie erlaubt, kann dann als der zweite Gewinn in der Auseinandersetzung mit Krisen gesehen werden. Diese erlaubt es nämlich in einer historisch-soziologischen und komparativen Betrachtung nicht nur, Krisen zu historisieren, sondern auch das Besondere und Distinktive von bestimmten Krisen deutlicher wahrzunehmen als dies andere Disziplinen können oder tun. Arbeitet man diese Perspektive schließlich klein und wendet sie auf unterschiedliche Ebenen der Gesellschaft an, dann stellt man schnell fest, dass Soziologen sowohl auf der Mikro-Ebene wie auch der Meso-Ebene und auf der Makro-Ebene entscheidendes zum Wissensstand über Krisen beitragen (können). Was wären beispielsweise die Krisenerkenntnisse und Krisenrezepturen der Psychologie ohne den breiten Fundus an sozialpsychologischen und soziologischen Erkenntnissen. Dass die Überwindung von Krisen nicht nur ein individuelles Problem darstellt, sondern auch eines der Gesellschaft ist und die Frage nach dem richtigen Leben sich nicht ohne den gesellschaftlichen Kontext angemessen beantworten lässt, das wissen die Soziologen. Auf der Makro-Ebene der Gesellschaft stellt die globale Finanzkrise ein gutes Beispiel dafür dar, dass die Wucht einer Krise sich auch in die Zukunft, die eigentlich für Krisendiagnose und Krisenlösung zuständig wäre, übersetzt und die akademische Volkswirtschaft selbst in eine andau-

ernde und tiefe Krise gestürzt hat. Jahrzehntelange Kritik am Modellplatonismus und der mathematischen Berechenbarkeit der Welt – u.a. vorgebracht von Soziologen – hat nicht so viel vermocht wie die in der Finanzkrise vollkommen ins Leere laufenden Prämissen und Vorabannahmen über die menschliche Natur und die Gesellschaft seitens der Ökonomen. Es verwundert daher nicht, dass die besten Bücher zum Erklären und Verstehen etwa von Finanzmärkten oder der Finanzkrise nicht von Ökonomen, sondern von Soziologen stammen. Und auch auf der Meso-Ebene gesellschaftlicher Institutionen und Organisationen besitzt die Soziologie ein beträchtliches Know-how, zeigt sie doch, dass es u.a. von der Art der Organisation, von Organisationsabläufen und von geordneten Funktionalitäten abhängig ist, wie sich die Verarbeitungsfähigkeit von Krisen und externen Schocks darstellt.

Ein weiterer Punkt, der in diesem Kontext stark gemacht werden könnte, ist zudem, dass Soziologen auch die sozialen Kosten einer Krisenlösung in den Blick nehmen und sich mit den Gewinnern und Verlierern von Krisenlösungen beschäftigen. Die Erkenntnis, dass sich weder immer die beste Lösung durchsetzt noch die durchgesetzte Lösung auch eine nachhaltige ist, lässt sich soziologisch mit der Freilegung von Interessen und dem Durchsichtigmachen von Macht- und Herrschaftsverhältnissen aufklären. Auch wenn generell davon ausgegangen werden muss, dass Macht ein allfälliges Phänomen von Gesellschaften und jede gesellschaftliche Ordnung auch eine Herrschaftsordnung ist, so spitzt sich diese Erkenntnis in Krisensituationen nochmals insofern zu, als es reichlich naiv wäre zu glauben, dass ausgerechnet in mehr oder weniger dramatischen Entscheidungssituationen Macht- und Herrschaftsaspekte keine Rolle mehr spielen. Gerade hier entscheidet sich ja, wie Gewinne und Verluste einer Krise verteilt werden, wer die Lasten einer Krisenlösung zu tragen hat und welche Interessen sich durchzusetzen vermögen. Verweise auf „vernünftige Lösungen“, die „das Beste für alle“ seien, oder die wunderbaren „Selbstheilungskräfte freier Märkte“, oder das „TINA-Prinzip“ kaschieren ja im Grunde gerade die den Krisenlösungen unterliegenden Machtaspekte, indem sie auf die scheinbare Interessenlosigkeit der beteiligten Akteure abheben. In diesem Kontext sind natürlich auch die vielfältigen Repräsentationen von Krisen und Krisenphänomenen in der Gesellschaft sowie die diskursiven Legitimationen von Rettungsstrategien von soziologischer Bedeutung. Hierzu gehört etwa die Untersuchung von Gesellschaftsbildern, die bei Krisendiagnosen eingesetzten Kategorien und Klassifikationen, die Bilder, die in der Öffentlichkeit durch Repräsentationen von Krisenphänomenen entstehen, die Art der Berichterstattung über Krisen in der Öffentlichkeit, etc. Denn hier ist immer Benennungs-, Deutungs- und Repräsentationsmacht im Spiel, die es selbst wieder zu dechiffrieren gilt, um zu einem angemessenen Bild nicht nur der Krisendiagnose, sondern auch der vermeintlichen Krisenlösung zu gelangen. Wenn auch diese Aspekte nicht von allen Soziologen berücksichtigt werden, als Wissensfundus zur Analyse von Krisen sind sie aber eindeutig in der Soziologie beheimatet.

Schließlich haben (viele) Soziologen auch ein untrügliches Gespür für gesellschaftliche Relevanzen. Dieser schöne Ausdruck, den Jürgen Habermas den „Intellektuellen“ zugeschrieben hat, lässt sich insoweit auf Krisenphänomene übertragen, als es hier um die vorherrschenden Selbstbeschreibungen, die Selbstverständnisse und Selbstentwürfe einer Gesellschaft geht. Aufgabe der Soziologie und der beteiligten Soziologen wäre es dementsprechend, nicht nur Gesellschaftskritik zu leisten, sondern die gesellschaftlichen Diskurse über Krisenprozesse stärker mitzubestimmen und mitzugestalten. Ob und inwieweit dies gelingt, hängt auch vom Vorhandensein einer konstruktiven gesellschaftlichen Streit- und Konfliktkultur ab. Die Bewältigung von Krisen im Großen wie im Kleinen und die Art und Weise der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Krisen, die immer auch ein Indiz für den Umgang mit sozialen Problemen ist, betrifft nicht zuletzt die Integrationsfähigkeit von Gesellschaften. Zudem gilt: Nur dort, wo Krisen (egal welcher Art) auch in ihren gesellschaftlichen Dimensionen begriffen werden, können sich konstruktive Chancen auf eine nachhaltige Lösung einstellen.

Die Krise verstehen – Konzepte und Analysen zum besseren Verständnis der derzeitigen Verwerfungen

Sebastian SCHIEF* und Ivo STAUB**

Die Krise ist allgegenwärtig. In den vergangenen Jahren schien Europa in einem permanenten Ausnahmezustand zu sein, ohne dass eine Stabilisierung des polit-ökonomischen Systems absehbar wäre. Die Krise wurde in Europa zur gesellschaftlichen Normalität. Was als US-Immobilienkrise (auch Subprime-Krise oder Hypothekenkrise) begann, hat sich allmählich zu einer Bankenkrise, Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Schuldenkrise, Fiskalkrise und zu einer Krise der Demokratie (resp. des demokratischen Kapitalismus und des polit-ökonomischen Systems) ausgeweitet.

Der Begriff „Krise“ stammt vom griechischen *krisis*, was ursprünglich Beurteilung oder Entscheidung bedeutete und fand dann Eingang in die Medizin, wo er einen Höhepunkt oder Wendepunkt einer Krankheit oder schwierigen Lage bezeichnete (Koselleck 1974). Ein gesunder Körper wird von einer heimtückischen Krankheit befallen und der Gesundheitszustand verschlechtert sich, bis es zur Krise – der schlimmsten Situation im Krankheitsverlauf – kommt. Ab dem 18. Jahrhundert wird dieses medizinische Verständnis zunehmend auf soziale Situationen übertragen. Gefährliche Zustände, Wendepunkte und entscheidende Situationen in politischen und wirtschaftlichen Belangen werden nunmehr auch als Krise bezeichnet (Koselleck 1974). Die Verwendung des medizinischen Begriffs auf gesellschaftliche Zustände impliziert auch eine metaphorische Übertragung des Krankheitskonzepts: eine stabile und gesunde Gesellschaft wird von einem heimtückischen Phänomen befallen, was zu einer Krise, resp. zu einer gefährlichen Lage und zu einem historischen Wendepunkt, führt. In Analogie zur Medizin kann man eine gesellschaftliche Krise, so die Hoffnung, durch treffende Diagnosen (Analysen) und geeignete Interventionen (Lösungen) bewältigen.

Die Expertinnen und Experten sind sich aber nicht einig darüber, was die treffende Diagnose und die geeignete Intervention für die gegenwärtige Wirtschaftskrise in Europa ist. Es gibt nicht einmal eine Übereinstimmung darüber, was das zentrale Problem sei, welches Europa heimsuche. Denn je nach ideologischer Positionierung fällt die Krisendefinition und -interpretation unterschiedlich aus. Selbiges gilt auch für die Intervention, also den Lösungsvorschlag zur Überwindung der Krise. In der

* Dr. Sebastian Schief ist Lehr- und Forschungsrat am Studienbereich Soziologie, Sozialarbeit und Sozialpolitik der Universität Freiburg (CH). E-Mail: sebastian.schief@unifr.ch

** Lic. phil. Ivo Staub ist Diplomassistent am Studienbereich Soziologie, Sozialarbeit und Sozialpolitik der Universität Freiburg (CH). E-Mail: ivo.staub@unifr.ch

Folge wollen wir die Kriseninterpretation und die vorgeschlagene Intervention aus der Perspektive dreier (in sich unterschiedlich kohärenter) Denkschulen der Krisendeutung vorstellen: eine neoklassische Interpretation, eine keynesianische Interpretation sowie ein Ansatz, der das Problem in der Logik des Kapitalismus selbst sieht. Wie wir sehen werden, fallen je nach ideologischem Standpunkt die Lösungsvorschläge deutlich unterschiedlich aus. Diese sind entweder System stabilisierend, reformierend oder System überwindend.

Die neoklassische und neoliberale Interpretation

Das erste Deutungsmuster problematisiert die hohen Staatsschulden sowie die geringe Wettbewerbsfähigkeit der GIIPS-Länder¹. Diese beiden Probleme seien für die umfassende Wirtschaftskrise, die eine rückläufige Gesamtproduktion und eine hohe Arbeitslosigkeit beinhaltet, verantwortlich. Zur Lösung der Staatsschuldenkrise fordert dieser Ansatz vor allem einschneidende Kürzungen des Staatshaushalts (unter den Stichworten ‚fiscal consolidation‘ und ‚austerity‘). Die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit soll durch Reformen in der polit-ökonomischen Regulation (‚structural reforms‘) und durch eine Reduktion der Produktionskosten (‚internal devaluation‘) erfolgen. Sowohl die Kürzungen im Staatshaushalt als auch die Strukturereformen würden das Vertrauen erhöhen und die Unsicherheit senken, was wiederum potentielle Geldgeber zu Investitionen verleiten soll.

Dieses Argumentationsmuster hat nicht nur eine hohe mediale Präsenz, es wird auch in unterschiedlichen Schattierungen von zentralen Akteuren im polit-ökonomischen System sowie von prominenten Wissenschaftlern vertreten, u.a. vom Internationalen Währungsfonds (bspw. IMF 2011, 2012) der Europäischen Kommission (European Commission 2010, 2012), der Deutschen Bank (Mayer und Möbert 2012) und von wichtigen Ökonomen wie Hans-Werner Sinn (2013). Je nach Autor gibt es unterschiedliche Akzentsetzungen bei der Problemdefinition und bei den Lösungsstrategien; gemeinsam ist ihnen eine Verankerung in der neoklassischen Ökonomie in Kombination mit einem neoliberalen Gesellschaftsbild.

Das Problem der *Staatsschulden* und dessen Lösung: Gemäss diesem Deutungsmuster sind hohe staatliche Defizite und Schulden problematisch. Durch die Wirtschaftskrise hat sich diesbezüglich die Situation der europäischen Staatshaushalte zusätzlich verschlechtert. Es gab einerseits geringere Einnahmen, da sich die Steuerbasis wegen des Schrumpfens der Wirtschaft verkleinerte, und andererseits Mehrausgaben, da sich die Ausgaben für Sozialleistungen erhöhten, private Finanzinstitute auf Kosten des Staates gerettet und Konjunkturprogramme gestartet wurden:

¹ Diese Ländergruppe umfasst Griechenland, Italien, Irland, Spanien und Portugal und wird zuweilen auch PIIGS, GIPSI oder GIPSIC (mit Zypern) genannt.

„In recent years G3 countries’ [die Eurozone, Japan und die USA; Anm. SSCH und IS] fiscal positions have deteriorated, resulting in a sharp increase in public debt levels. This was driven largely by the financial crisis: public spending was increased to address financial institution problems and help maintain output in the face of diminished private demand. In addition, weak private demand has also led to lower public revenue” (IMF 2012:44).

Eine hohe Schuldenlast und eine starke Neuverschuldung sind problematisch, da sie hohe Zinsen auf Staatsanleihen zur Folge haben. Wenn die (potentiellen) Gläubiger nicht darauf vertrauen, dass ein Staat seine Schulden bedienen wird, dann kaufen sie weniger Staatsanleihen, was wiederum die Zinssätze dieser Anleihen erhöht. Als Folge davon vergrößern sich die aktuellen Staatsausgaben, da mehr Geld zur Finanzierung der Schulden verwendet werden muss und es steigt das Risiko, dass ein Staat seine Neuverschuldung nicht auf dem Finanzmarkt decken kann: „higher real interest rates raise the servicing cost of outstanding public debt. To finance those increased debt-service costs, fiscal policy adjustments must occur” (IMF 2012:44). Höhere Zinssätze auf Staatsanleihen haben in einem nächsten Schritt negative Effekte auf die Gesamtwirtschaft. Die Zweifel daran, dass der Staat verantwortungsvoll seine Schulden bediene und dass sein Krisenmanagement wirkungsvoll sei, senkt das Vertrauen der Investoren, Firmen und Konsumenten. Dieses ist aber wichtig, um die Wirtschaft in Schwung zu halten: „Confidence is needed for companies to invest, banks to lend, and consumers to spend” (Mayer und Möbert 2012:3). Zudem führt die Verschuldungssituation zu generell höheren Kapitalkosten, was negative Folgen für die ökonomische Entwicklung hat: „higher real interest rates raise the cost of capital, further reducing the level of capital stock, firms’ labor demand, and ultimately sustainable output” (IMF 2012:44).²

Jenseits von rein ökonomischen Überlegungen gibt es auch politische Gründe, warum hohe Staatsschulden nicht gangbar sind. So beinhalten die EU-Konvergenzkriterien, die im Rahmen des Vertrags von Maastricht festgehalten wurden, die Regelung, dass der staatliche Schuldenstand nicht 60% des Bruttoinlandsprodukts und das jährliche Haushaltsdefizit nicht 3% des Bruttoinlandsprodukts überschreiten sollen. Allenfalls müssen die Schulden und Defizite reduziert werden (EZB 2011:36-37).

Die Lösung der Staatsschuldenkrise hat das Ziel, die Zinssätze auf Staatsanleihen gering und das Vertrauen hoch zu halten. Dazu bietet sich die Konsolidierung der jeweiligen Staatshaushalte an (‚fiscal consolidation’ und ‚austerity’): Die Länder sollten ein ausgeglichenes Budget haben und über die Zeit die Schulden abbauen. Dabei wird das Staatsdefizit durch Mehreinnahmen (höhere Steuern und Abgaben), Privati-

² Ein zusätzliches Argument besagt, dass in Situationen mit hohen Staatsschulden die Unternehmen und Haushalte davon ausgehen, dass sich ihre Steuern bald erhöhen. Deshalb würden sie weniger ausgeben und investieren, was wiederum der wirtschaftlichen Entwicklung schadet.

sierung von Staatsbesitz und Ausgabenkürzungen verkleinert („structural fiscal reforms“). Bei den Kürzungen liegt ein Schwerpunkt bei tiefgreifenden Änderungen in der Sozialpolitik und im Aufgabenkatalog der betroffenen Staaten (für Griechenland: European Commission 2010, 2012). Die Folgen der Austeritätspolitik und der Ausgabenkürzungen auf die wirtschaftliche Entwicklung sind in diesem Ansatz umstritten (siehe Guajardo, Leigh und Pescatori 2011). Einige Vertreter behaupten, dass die Politik der Haushaltskonsolidierung (mittelfristig) einen positiven Effekt auf das Wachstum hat (These der ‚expansionary austerity‘ oder der ‚expansionary fiscal contraction‘). Andere gehen davon aus, dass es (kurzfristig) einen negativen Effekt gibt, da die private Nachfrage nicht unmittelbar die Lücke füllen kann, welche durch die Reduktion der staatlichen Nachfrage entsteht.

Nicht nur die einzelnen Staaten tragen zur Lösung ihrer Schuldenprobleme bei, sondern auch andere Nationen und internationale Institutionen, bspw. durch ‚Notfallmassnahmen‘, wie der (teilweise) Schuldenerlass und Hilfskredite für die betroffenen Länder (bspw. im Rahmen des Euro-Rettungsschirms). Diskutiert und teilweise realisiert wurden auch strukturelle Veränderungen bei der gegenseitigen Haftung zwischen den Staaten der Eurozone, wie die Einführung des ‚Europäischen Stabilitätsmechanismus‘ und die Auseinandersetzungen um eine europäische Bankenunion und Eurobonds zeigen.

Das Problem der *Wettbewerbsfähigkeit* und dessen Lösung: Das andere Problem der Euro-Krise ist die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit einiger Euro-Länder (siehe Sinn 2013). Im internationalen und besonders im europäischen Wettbewerb können Produzenten der Krisenländer (GIIPS-Länder, aber auch Frankreich) in puncto Produktivität nicht mit den Produzenten aus den europäischen Zentrumsländern mithalten. Gemäss Sinn (2013:2) hatte die Einführung des Euro zur Folge, dass sich die Zinssätze für Anleihen innerhalb Europas angeglichen haben, insbesondere diejenigen der Südländer und Irlands sanken massiv. Es floss viel günstiges Geld in diese Länder, was zu einem wirtschaftlichen Boom und spekulativen Blasen führte. In Griechenland und Portugal wurden die Zahl der Angestellten im öffentlichen Sektor sowie deren Löhne stark erhöht, in Spanien und Irland förderte das billige Geld einen Immobilienboom. Gleichzeitig gab es in diesen Ländern eine relative Aufwertung des Preisniveaus (und starke Lohnerhöhungen relativ zur Produktivitätssteigerung) und sie verloren an Wettbewerbsfähigkeit, da sie im Vergleich zu anderen Ländern zu teuer wurden (Sinn 2013:3). Die Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit äusserte sich auch in zunehmenden Aussenhandelsdefiziten der jetzigen Krisenländer, was wiederum deren Auslandsschulden erhöhte.

Zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit werden insbesondere eine Senkung des Preisniveaus und der Produktionskosten (mittels ‚internal devaluation‘) sowie tiefgreifende strukturelle Reformen („growth-enhancing structural reforms“), welche die

Produktivität und das Wachstum steigern, gefordert.³ Um das Preisniveau und die Produktionskosten unter Beibehaltung des Euro zu senken, sollen die Reallöhne der Arbeitnehmer gesenkt werden. Dieses Vorgehen wird u.a. in den Rettungsprogrammen für Griechenland festgehalten:

„Greece has to restore competitiveness through an ambitious internal devaluation, *i.e.*, a reduction in prices and production costs relative to its competitors, as well as a shift from a consumption-led to an export-led economy. Since a strong increase in productivity takes time, an upfront reduction in nominal wage and non-wage costs is necessary” (European Commission 2012:2).

Eine systematische Senkung der Löhne in einer Volkswirtschaft quer durch alle Sektoren ist de facto jedoch äusserst schwierig (u.a. Sinn 2013:12-13) und kurzfristig mit negativen Folgen auf den Staatshaushalt verknüpft (European Commission 2012:2).

Zur Erhöhung der Produktivität und damit, so die Hoffnung, auch des Wirtschaftswachstums werden zusätzlich strukturellen Reformen gefordert. Darunter fallen bspw. Arbeitsmarktreformen, die Senkung der Mindestlöhne, Privatisierungen und die Reform des Justizwesens (European Commission 2012). Als Vorbild für die Krisenländer dienen u.a. die deutschen Hartz-Reformen:

„Greece, Portugal, and Spain have started overhauling their dismissal and employment protection regulations as well as their wage bargaining systems to tackle dual labor markets and facilitate job reallocation. Meanwhile, countries that had done so prior to the crisis, such as Germany through the mid-2000 Hartz reforms, reaped the benefits in the form of fewer job losses during the recession, and are already enjoying unemployment rates lower than their pre-crisis levels” (IMF 2011:5).

Die keynesianische Interpretation

Ein alternatives Deutungsmuster findet sich in der keynesianischen Interpretation der Krise, welche u.a. von Paul Krugman (2012) und Heiner Flassbeck (2012a, 2012b) vertreten wird. In dieser Sichtweise steht die Eurokrise, die mit strukturellen Ungleichgewichten in der Eurozone zusammenhängt, im Zentrum. Die Ungleichgewichte haben letztlich die Staatsschuldenkrise und eine ökonomische Depression in der europäischen Peripherie verursacht. Damit hat der Euroraum zwei sich überlagernde Probleme, nämlich ein strukturelles Problem in der Gestaltung der Europäischen Währungsunion und eine tiefe Wirtschaftskrise (inkl. deren Folgeprobleme, wie bspw. die hohe Arbeitslosigkeit).

Die gegenwärtige Eurokrise hat ihre Wurzeln in der Gründung der Europäischen Währungsunion und der Einführung des Euro. Gemeinsame Währungen haben zwar

³ Grundsätzlich wären auch ein Austritt der Krisenländer aus dem Euro oder eine höhere Inflation in den Zentrumsländern möglich. Diese Massnahmen sind aber aus der Perspektive dieses Deutungsmusters nicht erwünscht.

den Vorteil, dass grenzüberschreitender Handel einfacher und billiger ist. Zudem müssen Firmen nicht mehr verschiedene Konten mit unterschiedlichen Währungen führen. Der grosse Nachteil einer Währungsunion ist aber, dass die einzelnen Staaten ihre Währung nicht mehr abwerten können. Was besonders bei Staaten mit geringer Wettbewerbsfähigkeit und hohen Aussenhandelsdefiziten wichtig wäre, denn die Abwertung der Währung hat eine ähnliche Wirkung wie die (relative) Kürzung aller Löhne in einer Volkswirtschaft: „countries can and do get large declines in their relative wages more or less overnight, and with very little disruption, by means of currency devaluation“ (Krugman 2012:170).

Damit eine Währungsunion gut funktioniert, sollen gemäss der Theorie optimaler Währungsräume drei Kriterien erfüllt sein: die beteiligten Länder (oder auch Regionen) sollten viele Geschäfte untereinander machen, es sollte eine grosse Arbeitsmobilität zwischen den Staaten geben und eine fiskalische Integration ist wichtig (Krugman 2012:171-173). Während das erste Kriterium in der Eurozone gegeben ist, sind die beiden anderen Punkte nicht erfüllt: es gibt eher nationale Arbeitsmärkte als einen europäischen Arbeitsmarkt und die einzelnen Staatshaushalte sind wenig miteinander verknüpft, so ist bspw. jedes einzelne Land für seine Renten- und Arbeitslosenversicherung zuständig. Wenn es in einer solchen Situation zu einem asymmetrischen Schock kommt (bspw. zu einer Krise in einem Land, während ein anderes Land starkes Wachstum hat), dann werden die konjunkturellen Unterschiede nicht quasi-automatisch ausgeglichen, etwa durch Migration von Arbeitskräften oder in Form von automatischen Transferzahlungen durch eine gemeinsame Sozialversicherung. Ein Problem, das bei der Einführung des Euro zu wenig ernst genommen wurde:

„When one asked how Europe would handle situations in which some economies were doing well while others were slumping—as is the case for Germany and Spain, respectively, right now—the official answer, more or less, was that all the nations of the euro area would follow sound policies, so that there would be no such ‚asymmetric shocks,‘ and if they did somehow happen, ‚structural reforms‘ would render European economies flexible enough to make the necessary adjustments“ (Krugman 2012:173).

Es ist anders gekommen als geplant. Durch die Einführung des Euro galten Investitionen in südeuropäische Länder als sicher, was zu tiefen Zinssätzen und billigen Krediten führte. Es floss viel Geld von den Zentrumsländern in die Peripherie, wo die Wirtschaft boomte, die Löhne und die Preisniveaus sich erhöhten und Immobilienblasen entstanden. Gleichzeitig hat sich auch eine Unausgewogenheit im europäischen Handel entwickelt: Deutschlands Aussenhandelsüberschuss und das Aussenhandelsdefizit der GIIPS-Länder schwollen stark an (Krugman 2012:174-176).

Gemäss Flassbeck (2012b) wurden die Ungleichgewichte innerhalb Europas bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit insbesondere durch die deutsche Lohnpolitik verschärft. Die Hartz-Reformen und die generelle ‚Lohnzurückhaltung‘ in Deutschland führten dazu, dass die Lohnsteigerung relativ zur Steigerung der Produktivität im

europäischen Vergleich äusserst gering ausfiel. Während die Lohnstückkosten in Südeuropa und Frankreich substanziell anwuchsen, stagnierten sie in Deutschland, was zu einem grossen Wettbewerbsvorteil für exportorientierte Produzenten aus Deutschland auf Kosten der Produzenten aus anderen europäischen Ländern wurde:

„Auf diese Weise verschaffte sich Deutschland einen Wettbewerbsvorsprung, der im Verlauf von zehn Jahren dazu führte, dass hierzulande produzierte Waren und Dienstleistungen zwischen 25 Prozent (gegenüber Südeuropa) und 20 Prozent (gegenüber Frankreich) billiger sind als vergleichbare Produkte dieser Länder. Das ist natürlich ein unhaltbarer Zustand und muss zu einem Auseinanderbrechen der Währungsunion führen, weil kein Land der Welt gegenüber seinem wichtigsten Handelspartner einen solchen Rückstand bei der Wettbewerbsfähigkeit gutmachen kann, wenn die Option der Wechselkursänderung nicht zur Verfügung steht, wie das zum Beispiel gegenüber aufholenden Schwellenländern der Fall ist“ (Flassbeck 2012b:30).

Als die Wirtschaftskrise einsetzte und die Immobilienblase platzte, zogen Investoren ihr Kapital ab und die Zinssätze für Anleihen in den GIIPS-Ländern wuchsen stark an. In der Folge der Krise schwollen auch die staatlichen Defizite und Schulden an, denn die Bankenrettung, Konjunkturmassnahmen, geringere Steuereinnahmen und höhere Ausgaben wegen den automatischen Stabilisatoren (etwa der Arbeitslosenversicherung) hatten einen negativen Effekt auf die Staatshaushalte. In einer Situation, wie sie die GIIPS-Länder vorfinden, würde im Regelfall die Abwertung der eigenen Währung dabei helfen, das (relative) Lohn- und Preisniveau zu senken. Da sie aber keine eigene Währung mehr haben, gibt es zwei Möglichkeiten, die europäischen Lohn- und Preisniveaus anzugleichen: eine Inflation in den Zentrumsländern mittels Stimulusprogrammen, was in der aktuellen Situation politisch nicht machbar ist, oder ‚innere Abwertung‘ in den Südländern mittels Lohnsenkungen, die sehr schwierig durchzusetzen sind (Krugman 2012:180-181). Auch die Staatsschulden werden zum Problem. Üblicherweise verkleinert sich die (relative) Schuldenlast durch ein hohes Wirtschaftswachstum und Inflation. Jedoch ist wegen der polit-ökonomische Steuerung in Europa gegenwärtig beides nicht gangbar und es drohen jahrelange Stagnation und Deflation, was das Bezahlen der Zinsen erschwert (Krugman 2012:182). Dass Europa und seine Institutionen die Vergemeinschaftung von Staatsschulden nur sehr zögerlich zulassen, verschlimmert die Situation zusätzlich.

Zur Lösung der Krise gibt es in der keynesianischen Denkrichtung verschiedene Vorschläge. Paul Krugman setzt sich für die Rettung des Euro und eine Veränderung der Regelwerke der Europäischen Währungsunion ein (Krugman 2012:184-187). So sollen die europäischen Institutionen genügend Liquidität zur Verfügung stellen und die Europäische Zentralbank sollte bereit sein, Staatsanleihen aufzukaufen. Die Länder mit grossen Aussenhandelsdefiziten und geringer Wettbewerbsfähigkeit benötigen einen gangbaren Plan, ihre Situation zu verbessern; zu diesem Plan gehört, dass die Überschussländer ihre Importe aus den Defizitländern erhöhen, eine expansionis-

tische Geldpolitik der Europäischen Zentralbank sowie ein Stimulusprogramm (und dadurch auch Inflation) in den Zentrumsländern. Zu guter Letzt müssen langfristig auch die Staatsschulden und -defizite in den Krisenländern gesenkt werden, auch wenn diese nicht der Kern des Problems sind (Krugman 2012:185).

Der Status quo ist aus keynesianischer Sichtweise unbefriedigend: durch die gegenwärtige Organisation des polit-ökonomischen Systems und durch die Sparprogramme entstehen tiefe wirtschaftliche Verwerfungen, die mit katastrophalen sozialen Folgen verbunden sind. Vertreter des Keynesianismus wünschen sich entweder, dass Europa bei der Währungsunion einen Schritt nach vorne oder einen Schritt zurückgeht. Zum progressiven Schritt nach vorne könnte eine vertiefte politische und zivilgesellschaftliche Union gehören, welche die Währungsunion ergänzt. Diese Vertiefung könnte auch grössere Ausgleichszahlungen und gemeinsame Sozialwerke beinhalten. Der Schritt zurück würde in der Wiedereinführung von eigenen Währungen mit flexiblen Wechselkursen (Flassbeck 2012a) oder zumindest anpassbaren festen Wechselkursen wie im Bretton-Woods-System bestehen. Das würde es den GIIPS-Ländern ermöglichen, ihre Wettbewerbsfähigkeit ohne desaströse soziale Zerwürfnisse zu verbessern; gleichzeitig würden die Währungen der Zentrumsstaaten aufgewertet, was deren Exportwirtschaft hart treffen würde. Zudem könnte man den Einzelstaaten und ihren Nationalbanken auch den Leitzins als Steuerungsinstrument zurückgeben. Ein Aufbrechen des Euro ist aber nicht einfach und wäre mit hohen sozialen Kosten verbunden (Krugman 2012:184).

Genauso wichtig wie die positive Lösung der Krise ist für die keynesianischen Vertreter der Kampf gegen ‚falsche‘ Ursachenzuschreibungen⁴ und ‚falsche‘ Lösungsrezepte. Sie bezweifeln die Wirksamkeit der europäischen Austeritätspolitik und der radikalen Kürzungen von staatlichen Leistungen, die aus ihrer Sicht die Wirtschaftskrise vertiefen und nichts zum Schuldenabbau beitragen. Es sollen eher eine expansionistische Geldpolitik betrieben und staatliche Konjunkturprogramme gestartet werden, um die schwache private Nachfrage zu kompensieren und damit die Wirtschaftskrise und die hohe Arbeitslosigkeit zu beseitigen: „The boom, not the slump, is the right time for austerity at the Treasury“ (Keynes 1937).

Die Krise als systemimmanentes Problem kapitalistischer Gesellschaften

Es gibt einen Strang der Krisenanalyse und -interpretation, der die derzeitige Krise nicht als Versagen oder Fehler von Akteuren innerhalb des Kapitalismus versteht, sondern die derzeitige Situation als Krise des Kapitalismus, also des Systems interpre-

⁴ Damit ist insbesondere die Deutung gemeint, dass Staatsschulden die europäische Krise ausgelöst haben: „So here’s Europe’s Big Delusion: it’s the belief that Europe’s crisis was essentially caused by fiscal irresponsibility. Countries ran excessive budget deficits, the story goes, getting themselves too deep into debt—and the important thing now is to impose rules that will keep this from ever happening again“ (Krugman 2012:177).

tiert. Die Argumentationsweise ist sehr heterogen, aber wir wollen uns auf zwei wichtige Vertreter (Wolfgang Streeck und Elmar Altvater) beschränken, deren Interpretation insofern vergleichbar ist, als sie die derzeitige Krise als Teil einer historischen Abfolge von Krisen interpretieren, die durch Widersprüchlichkeiten des Systems verursacht wird.

Wolfgang Streeck (2011) bettet die derzeitige Krise in eine gesamthafte Krise des demokratischen Kapitalismus ein. Seiner Argumentation folgend, bestehen grundsätzliche Spannungen zwischen dem grundlegenden Prinzip der Demokratie, also kollektiven Entscheidungen auf der Basis von Wahlen, und dem Prinzip der Grenzproduktivität, also dem freien Spiel der Marktkräfte:

„Governments that fail to attend to democratic claims for protection and redistribution risk losing their majority, while those that disregard the claims for compensation from the owners of productive resources, as expressed in the language of marginal productivity, cause economic dysfunctions that will become increasingly unsustainable and thereby also undermine political support“ (Streeck 2011:7-8).

Laut Streeck führte diese Unvereinbarkeit der Ziele des demokratischen Kapitalismus zu regelmässig wiederkehrenden Krisen, die sich zwar unterschiedlich manifestieren, aber dennoch auf das systemimmanente Problem des demokratischen Kapitalismus zurückzuführen sind. Streeck schildert die Krisenabfolgen nach dem Zweiten Weltkrieg, beginnend mit der starken Inflation in der westlichen Welt in den sechziger Jahren. Inflation war das Mittel der Wahl, um den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit zu diesem Zeitpunkt zu entschärfen. Diese Art der Krisenentschärfung durch Geldpolitik kam Ende der siebziger Jahre zu ihrem Ende. Fortan wurde die Inflation bekämpft (‚Volcker-Schock‘), was wiederum in weiten Teilen der westlichen Welt zu einem massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit führte. Da Inflation als Mittel der Lückenschliessung zwischen den Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürger und denen des Marktes nicht mehr zur Verfügung stand, war der Staat immer stärker gezwungen, den sozialen Frieden auf andere Weise zu gewährleisten. Nun wurde nicht mehr Geldpolitik genutzt, um Verteilungskonflikte zu entschärfen, sondern Fiskalpolitik. Dies hatte einen massiven Anstieg des Haushaltsdefizits zur Folge. Auch diese Strategie der Entschärfung des Grundkonflikts zwischen Kapital und Arbeit konnte nur bis zu einem gewissen Punkt angewandt werden, nämlich so lange, bis die Geldgeber anfangen, sich Sorgen zu machen, ob die Staaten ihre Schulden würden zurückzahlen können, was zu einem Anstieg der Zinsen führte.

Mit der Clinton-Regierung in den USA im Jahre 1992 begann die dritte Phase der Bekämpfung des Grundkonflikts im demokratischen Kapitalismus. Das Haushaltsdefizit musste aus oben genannten Gründen reduziert werden, und die Clinton-Administration führte eine scharfe Austeritätspolitik durch, die in Bezug auf die Reduktion von Schulden erfolgreich schien. Da der Staat nun weder mit Geld- noch Fiskalpolitik für die Befriedung der sozialen Konflikte sorgen konnte, wich die amerika-

nische Regierung auf ein neues Feld aus. Der Finanzsektor wurde stark dereguliert, um den Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen bessere Möglichkeiten zu verschaffen Kredite aufzunehmen, sich also zu verschulden („privatisierter Keynesianismus“). Streecks Lesart folgend, ersetzte die Liberalisierung der Finanzmärkte den massiven Rückgang direkter oder indirekter staatlicher Impulse in Zeiten der Haushaltskonsolidierung und der Austeritätspolitik:

„Individual debt replaced public debt, and individual demand, constructed for high fees by a rapidly growing money-taking industry, took the place of state-governed collective demand in supporting employment and profits in construction and other sectors“ (Streeck 2011:18).

Der ‚privatisierte Keynesianismus‘ kam mit der Krise zu seinem Ende, die der Ausgangspunkt unserer Diskussion ist. Die Möglichkeiten, sich privat zu verschulden, führten zum Entstehen von exorbitant hohen privaten Schulden, im Jahre 2008 wurde klar, dass darunter so viele ‚faule Kredite‘ waren, dass das globale Finanzsystem zu kollabieren drohte. Den Nationalstaaten blieb nichts anderes übrig, als die faulen Kredite abzusichern, was zu einer neuen dramatischen Staatsverschuldung führte:

„The quantum leap in public indebtedness after 2008, which completely undid whatever fiscal consolidation might have been achieved in the preceding decade, reflected the fact that no democratic state dared to impose on its society another economic crisis of the dimension of the Great Depression of the 1930s, as punishment for the excesses of a deregulated financial sector“ (Streeck 2011:20).

Um den sozialen Frieden zu sichern, so Streeck, wurde also ein wesentlicher Teil der privaten Schulden sozialisiert und eine hohe Staatsverschuldung in Kauf genommen. Die meisten Staaten haben sich mit der Aufgabe der Rettung des Finanzsektors übernommen. Die Pointe ist, dass derselbe Finanzsektor, der von den Staaten gerettet wurde, über die zu zahlenden Zinsen für die Kredite, die Staaten aufnehmen mussten, Druck auf diese ausübt, Austeritätspolitik zu betreiben, d.h. insbesondere die Staatsausgaben für Soziales zu reduzieren, da dies der grösste Posten im Staatshaushalt ist. Es scheint, als seien die Möglichkeiten, die Spannungen zwischen der Logik des Kapitalismus und der Logik der Demokratie zu entschärfen, an ihr Ende gekommen. Streeck sieht kurzfristig keine Lösung des Problems. Im Gegenteil klingt seine Beschreibung der Situation in den am stärksten betroffenen Staaten eher fatalistisch:

„Where democracy as we know it is effectively suspended, as it already is in countries like Greece, Ireland and Portugal, street riots and popular insurrection may be the last remaining mode of political expression for those devoid of market power. Should we hope in the name of democracy that we will soon have the opportunity to observe a few more examples?“ (Streeck 2011:28).

Die zweite Analyse der Krise aus einer systemimmanenten Perspektive, die wir vorstellen wollen, ist jene von Elmar Altvater (2010). Altvater argumentiert marxistisch, seine Interpretation der Abfolge der Krisen ähnelt in weiten Teilen der von

Streeck, natürlich spielt für seine Analyse auch der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit eine wesentliche Rolle. Kernargument ist aber, dass das Finanzkapital auf der Suche nach Schuldnern das kapitalistische System von einer Krise in die nächste stürzt. Altwater beschreibt also eine Sequenz von Schuldenkrisen. Die erste Finanzkrise datiert er in den 1970er Jahren in der so genannten „Dritten Welt“. Laut Altwater wurden nach dem Ölpreisschock 1973 „Petrodollars“ in die „Dritte Welt“ umgeleitet, weil sie zinsgünstig zu vergeben waren, nachdem die nachhaltige Wirtschaftsflaute in den Industrieländern die Kreditnachfrage drückte. Nutzniesser waren insbesondere Militärdiktaturen in Lateinamerika, Afrika und Asien, die damit grosse Infrastrukturprojekte aber auch Aufrüstung finanzieren konnten. Mit dem oben schon beschriebenen Volcker-Schock, also der Durchsetzung einer monetären Restriktionspolitik hoher Zinsen, kam diese Phase der billigen Kredite zu ihrem Ende. Die Kredite wurden entsprechend teurer, sobald ihre Verlängerung anstand:

„Schuldnerländer der ‚Dritten Welt‘ wurden nahezu stranguliert, und es war absehbar, dass die Kreditgeber zu hohen Abschreibungen ihrer Forderungen gezwungen waren, wenn die Schuldner nicht gerettet und zur Fortsetzung des Schuldendienstes gebracht werden konnten“ (Altwater 2010:42).

Um den Schuldendienst zu gewährleisten, wurden alle verschuldeten Länder gezwungen, restriktive Geldpolitik zu betreiben, das Budgetdefizit zu verringern, Sozialausgaben zu kürzen, eine rigide Lohnpolitik durchzuführen, und eine Währungsabwertung durchzuführen. Altwater beschreibt hier die Durchsetzung dessen, was er also neoliberale Globalisierung bezeichnet:

„Deregulierung der Politik, Liberalisierung der Märkte, vor allem der Finanzmärkte, und Privatisierung von bislang öffentlichen Gütern – das ist der Dreiklang der neoliberalen Globalisierung seit den 1970er Jahren, die in den verschuldeten Ländern gewaltförmige Konflikte ausgelöst hat“ (Altwater 2010:43).

Auf die Schuldenkrise der Entwicklungsländer folgte jene der Schwellenländer. Das anwachsende Geldvermögen konnte dort absorbiert werden und die erforderliche Rendite erbringen. Zusätzlich wurden neue Finanzinstrumente implementiert, die so genannten verbrieften Papiere, im Grunde eine Bündelung verschiedener Schuldentitel zu einem neuen handelbaren Papier. Nacheinander gerieten Mexiko (1994), die so genannten „asiatischen Tiger“ (1997), Russland und die Türkei (1998), Brasilien (1999) und Argentinien (2001) in schwere Finanzkrisen mit Verlusten zwischen 20 und 60% des Sozialprodukts (vgl. Altwater 2010:45).

Die Finanzinnovation der verbrieften Kredite („strukturierte Papiere“) konnte aufgrund der liberalisierten Märkte weltweit gehandelt werden. Damit war auch die Möglichkeit eröffnet, Gewinne aus der Differenz von Währungskursen zu erzielen. Dadurch wurde die Finanzkrise zur Währungskrise. Nach der Finanzkrise Lateinamerikas und Asiens folgte die Dotcom-Blase. Das aus Lateinamerika und Asien abgezogene Geld wurde nun in Internet-Start-ups investiert. Da sich die Versprechungen

der new economy als illusionär erwiesen, platzte diese Blase bald. Ein neues Investitionsobjekt wurde durch die Politik des ‚leichten Geldes‘ von Alan Greenspan, dem damaligen Chef der US-Zentralbank, ermöglicht. Wie Streeck konstatiert auch Altvater eine hohe Verschuldung durch Immobilien und Konsum der Privaten. Auf diese Weise wurde ein ‚Boom auf Pump‘ in den USA ausgelöst, der sich auch für erfolgreiche Exportnationen wie Deutschland, Japan oder China positiv auswirkte. Wie oben beschrieben, kommt dieser Boom zu einem jähen Ende, als viele Privatpersonen ihre Kredite und Hypotheken nicht mehr bedienen können.

Die Finanzkrise führt dazu, dass „die Finanzinstitute [...] nach der Pleite des Bankhauses Lehman Brothers in den USA im September 2008 mit billigem Geld der Zentralbanken zu Zinssätzen nahe null vollgepumpt [wurden], um nach dem Katzenjammer, der der Lehman-Pleite folgte, das ‚Börsenspiel der Bankokraten‘ (Marx, MEW 23:783) so fortzusetzen, als ob nichts geschehen wäre. Die monetären Verluste der Finanzkrise können wettgemacht werden, indem das Geschäft des Investment-Banking fortgesetzt wird, nun aber mit neuen Schuldnern, und das sind die Staaten. Es findet also – wieder einmal – ein grossangelegter ‚Schuldnertausch‘ statt“ (Altvater 2010:47). Altvater interpretiert dies als offensichtliche Umverteilung zugunsten des Finanzsektors, die die Legitimation des politischen Systems untergräbt.

Folgt man Altvater, so liegt die Lösung des Problems in nicht mehr, aber auch nicht weniger als der Ablösung des kapitalistischen Systems des 20. Jahrhunderts durch einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts.⁵ Dies sei notwendig, um nicht nur die Finanzkrise mit „wirksamen regulatorischen Massnahmen auf den Finanzmärkten“ (Altvater 2010:208), sondern auch die „negativen Folgen der Klima- und Energiekrise“ (ebd.) zu verhindern:

„Die ökonomische, soziale, die politische und kulturelle Entwicklung soll aus der Sackgasse [...] auf einen neuen Entwicklungspfad einschwenken. Das geht nicht ohne die Umverteilung von Einkommen und Eigentum und daher auch von Macht“ (Altvater 2010:209).

Fazit

Die vorgestellten Deutungsmuster beinhalten drei völlig unterschiedliche Sichtweisen auf das gleiche historische Ereignis. Die Positionen sind keineswegs in sich homogen, aber es lassen sich doch Gemeinsamkeiten darlegen. Je nach ideologischer Position zeigen sich andere Problemstellungen, Ursachendeutungen und Lösungsmöglichkeiten. Die Folgen und Zielsetzungen unterscheiden sich dahingehend, ob man das bestehende polit-ökonomische System stabilisieren, reformieren oder überwinden möchte. Insofern geben uns die behandelten Autoren auch sehr unterschiedliche Re-

⁵ Damit ist er nicht alleine: auch andere Sozialwissenschaftler fordern eine Überwindung des gegenwärtigen Kapitalismus (vgl. Wright 2010, 2013).

zepte zur Überwindung der Krise an die Hand. Folgt man der neoliberalen Lesart, so ist die Austeritätspolitik, wie sie tatsächlich derzeit verfolgt wird, der richtige Weg zur Überwindung der Krise. Keynesianer dagegen verweisen auf eine expansionistische Geldpolitik und Konjunkturprogramme zur Überwindung der Krise. Die Austeritätspolitik halten sie für kontraproduktiv und die Krise verschärfend. Folgt man den Autoren, die die derzeitige Krise als systemimmanentes Problem kapitalistischer Gesellschaften beschreiben, so haben wir als Lösungsmuster einigermaßen unverblühten Fatalismus (Streeck 2011) oder die Überwindung des kapitalistischen Systems zugunsten eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts (Altvater 2010).

Welche Interpretation die Deutungshoheit besitzt und wessen Rezepte schlussendlich angewandt werden, ist von grosser Bedeutung für die Zukunft Europas. Die Frage, in welchem System wir leben möchten und leben werden, sollte demokratisch im öffentlichen Raum ausgehandelt werden und nicht die Aura der Alternativlosigkeit haben. Wie dieser Beitrag zeigt, ist der neoliberale Ansatz keineswegs ohne Alternative. Es lohnt sich, die anderen Positionen genau zu studieren und sich allenfalls lautstark für diese einzusetzen. Ob und welche Lesart Deutungshoheit erhält, ist demzufolge eine ebenso politische wie wissenschaftliche Frage.

Literatur

- Altvater, Elmar (2010). *Der große Krach – oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- European Commission (2010). *The Economic Adjustment Programme for Greece*. Occasional Papers No. 61. Brüssel: European Union.
- European Commission (2012). *The Second Economic Adjustment Programme for Greece*. Occasional Papers No. 94. Brüssel: European Union.
- EZB (Europäische Zentralbank) (2011). *Die Geldpolitik der EZB*. Frankfurt a.M.: Europäische Zentralbank.
- Flassbeck, Heiner (2012a). Endgültig: Trennt euch! *WOZ Die Wochenzeitung*, 06.09.2012, 7.
- Flassbeck, Heiner (2012b). *Zehn Mythen der Krise*. Berlin: Suhrkamp.
- Guajardo, Jamie, Daniel Leigh und Andrea Pescatori (2011). *Expansionary Austerity: New International Evidence*. IMF Working Paper WP/11/158. Washington, D.C.: International Monetary Fund.
- IMF (International Monetary Fund) (2011). *Regional Economic Outlook Europe. Navigating Stormy Waters*. Washington, D.C.: International Monetary Fund.
- IMF (International Monetary Fund) (2012). *World Economic Outlook. October 2012. Coping with High Debt and Sluggish Growth*. Washington, D.C.: International Monetary Fund.

- Keynes, John Maynard (1937). How to Avoid a Slump. *The Times*, 12-14.01.1937.
- Koselleck, Reinhart (1974). Krise I. In: Ritter, Joachim und Karlfried Gründer (Hg.). *Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 4* (1235-1240). Basel: Schwabe Verlag.
- Krugman, Paul (2012). *End This Depression Now!* New York: W.W. Norton.
- Mayer, Thomas und Jochen Möbert (2012). *Growth versus Austerity in Euroland*. Deutsche Bank Research Briefing. Frankfurt a.M.: Deutsche Bank Research.
- MEW (Marx-Engels-Werke) Band 23 (1962). Karl Marx: Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie. Erster Band. Berlin: Dietz Verlag.
- Sinn, Hans-Werner (2013). Austerity, Growth and Inflation. Remarks on the Euro Area's unresolved Competitiveness Problems. CESifo Working Paper No. 4086. München: CESifo.
- Streeck, Wolfgang (2011). The Crises of Democratic Capitalism. *New Left Review*, 71, 5-29.
- Wright, Erik Olin (2010). *Envisioning Real Utopias*. London: Verso.
- Wright, Erik Olin (2013). Transforming Capitalism through Real Utopias. *American Sociological Review*, 78(1), 1-25.

„Als Schuldner nackt an den Pranger gestellt, leidet ein Land“¹ – die griechische und europäische Staatsschuldenkrise im historischen und globalen Kontext

Christian SUTER*

Die derzeitige europäische Staatsschuldenkrise trat erstmals im Frühjahr 2010 ins Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit: die neue griechische Regierung unter Ministerpräsident Papandreou musste bei der EU offiziell um Finanzhilfe nachsuchen. Das hochverschuldete Land war nicht mehr in der Lage, die fälligen Zins- und Kreditrückzahlungen an seine Gläubiger fristgerecht zu leisten.

Bereits kurz nach seinem Wahlsieg im Herbst 2009 musste Papandreou hohe Budgetdefizite und eine starke Zunahme der Staatsverschuldung bekannt geben, deutlich höher als ursprünglich angenommen – dies, so der Politiker, weil die konservative Vorgängerregierung vor den Wahlen die schlechten Finanz- und Wirtschaftsdaten wissentlich verfälscht und beschönigt habe. Anstelle der im Wahlkampf versprochenen Investitionen im Sozialbereich war die von der sozialdemokratischen PASOK gestellte neue Regierung gezwungen, drastische Sparprogramme anzukündigen. Seither wurden von den verschiedenen griechischen Regierungen sechs Sparpakete beschlossen bzw. umgesetzt, um das defizitäre Staatsbudget mit Ausgabenkürzungen und zusätzlichen Staatseinnahmen wieder ins Lot zu bringen.

Diese Sparpakete umfassten die üblichen, im Rahmen von Stabilisierungsprogrammen von den Gläubiger (insbesondere vom Internationalen Währungsfonds) den Schuldnern aufgezwungenen Massnahmen: (Mehrwert)Steuererhöhungen, Lohn- und Rentenkürzungen, Entlassungen von Staatsangestellten, Ausgabenkürzungen (u.a. im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich sowie bei den staatlichen Investitionen) und die Privatisierung von Staatsunternehmen. Die Staatsschuldenkrise führte in Griechenland nicht nur zu tiefen sozialen und wirtschaftlichen Einschnitten, sondern auch zu politischen Konflikten, wodurch sich die verheerende Wirtschaftskrise des Landes zusätzlich verschärfte. Die Staatsschuldenkrise wurde so von einer finanziellen zu einer wirtschaftlichen, sozialen und schliesslich auch politischen Krise. Dies manifestierte sich in wochenlangen gewalttätigen Strassenprotesten, der Mobilisierung radikaler (rechtsnationalistischer und linker) Bewegungen sowie im vorzeiti-

* Dr. Christian Suter ist Professor für Soziologie an der Université de Neuchâtel und Lehrbeauftragter an der Universität Freiburg (CH). E-Mail: christian.suter@unine.ch

¹ Günther Grass: Europas Schande

gen Rücktritt von Präsident Papandreou und dem anschließenden Wahldebakel der beiden bisherigen, dominanten (konservativen und sozialdemokratischen) Parteien.

Die griechische Regierung geriet jedoch nicht nur von innen, sondern auch von aussen unter zunehmenden Druck. So gewährten die Gläubiger, unter der Führung der Europäischen Kommission (EC), der Europäischen Zentralbank (EZB) und des Internationalen Währungsfonds (IWF), die zugesagte Finanzhilfe nur in vierteljährlichen Tranchen, die jeweils erst nach eingehender Kontrolle und einem positiven Bericht einer Experten- und Finanzkontrollkommission der sogenannten Troika (aus EC, EZB und IWF) ausbezahlt wurden. Diese vierteljährlichen Finanzkontrollen sowie die unrealistischen Sanierungsziele und Finanzbedürfnisse, die fortlaufend nach unten (Sparziel) bzw. nach oben (Finanzierungsbedarf, Zeithorizont der Hilfe) revidiert werden mussten, trugen zur zunehmenden Verunsicherung der Finanzmärkte und zur Ausweitung der Staatsschuldenkrise auf andere europäische Länder bei. So musste das erste, im Mai 2010 gewährte Finanzhilfeprogramm für Griechenland (im Umfang von 110 Milliarden Euro) durch mehrere weitere Notprogramme ergänzt und ausgeweitet werden. Der „Sinn“ dieser Finanzhilfen bestand in erster Linie darin, eine formelle („technische“) Zahlungsunfähigkeit des Landes zu verhindern und Griechenland eine „geordnete“ Bedienung der Kredite zu ermöglichen.

Ein Blick zurück zeigt, dass der griechische Staat seit langem überschuldet ist und dass das hohe („strukturelle“) Budgetdefizit in der Vergangenheit eher die Norm als die Ausnahme bildete. Entsprechend hoch lag denn auch über die gesamten letzten zwanzig Jahre hinweg die Schuldenlastquote, der Prozentanteil der Staatsschulden am Bruttoinlandprodukt. Dieser Risikoindikator, der das Vorhandensein von Schulden- und Solvenzproblemen anzeigt, ist auch einer der zentralen Stabilitätskriterien, die die EU-Länder im Rahmen der europäischen Währungsunion vereinbart haben. Seit Einführung des Euro – aber auch bereits lange zuvor – überstieg die Schuldenlastquote Griechenlands durchwegs und in erheblichem Ausmass die von der EU festgelegte Maximalgrenze von 60%. Aufgrund des in den Jahren vor Ausbruch der globalen Finanzkrise von 2008-09 erzielten (bzw. in der Statistik ausgewiesenen) Wirtschaftswachstums blieb die Schuldenlastquote trotz der Budgetdefizite und der wachsenden Staatsschulden lange Zeit relativ konstant, wenngleich sich der Wert auf einem sehr hohen Niveau von ca. 100% bewegte.

Trotz dieser konstant hohen potentiellen Krisengefährdung bzw. des Insolvenzsikos blieb Griechenland in den letzten vierzig Jahren erstaunlicherweise von einer (offenen) Staatsschuldenkrise verschont. Dies obgleich seit den Siebzigerjahren immer wieder Länder in die Schuldenfalle gerieten und faktisch zahlungsunfähig wurden. Eine solche Phase gehäufter Zahlungsschwierigkeit ereignete sich Anfang der 1980er Jahre, als über 40 Länder v.a. aus Lateinamerika aber auch aus Ost- und Südosteuropa (wie beispielsweise Polen, Jugoslawien, Rumänien oder die Türkei) mit Zahlungsproblemen und Überschuldung konfrontiert waren. Aber auch die 1990er

Jahre verzeichneten mehrere Fälle von Finanz- und Staatsschuldenkrisen, etwa die „Tequilakrise“ in Mexiko (1994-95), die ostasiatische, russische und brasilianische Krise (1997-98) und schliesslich die „Tangokrise“ in Argentinien und Uruguay mit ihrem Höhepunkt in den Jahren 2001-02. Im Unterschied zur Krise der 1980er Jahre handelt es sich jedoch dabei um lokal begrenzte Krisen, die relativ rasch beigelegt werden konnten. Neben der grossen Schuldenkrise der 1980er Jahre ist der argentinische Staatsbankrott von 2001-02 von besonderem Interesse: Im Unterschied zu anderen Schuldnerländer suchte Argentinien keine Finanzhilfe bei den Gläubigern oder dem IWF, sondern erklärte sich einseitig als zahlungsunfähig und erreichte so von den Gläubigern eine Abschreibung mit einem Schuldenverzicht von 75%.

Geht man historisch noch weiter zurück, erweist sich das moderne Griechenland seit seiner Unabhängigkeit zu Beginn des 19. Jahrhunderts als ausgesprochenes Krisenland, was seine Staatsschulden anbelangt. Bis heute erlebte das Land vier (kurze) Boomphasen ausländischer Kreditaufnahme, die letztlich alle in den Staatsbankrott mündeten. Dabei fallen die Staatsschuldenkrisen Griechenlands immer zusammen mit generellen Krisenphasen der Weltwirtschaft.

So erfolgte die erste Staatsschuldenkrise Griechenlands 1826, nur kurz nach Ausbruch der griechischen Revolution, die zur Loslösung und Unabhängigkeit des Landes vom Osmanischen Reich führte. Neben Griechenland suspendierten damals verschiedene andere Staaten ihre Auslandsschulden (darunter Spanien, Kolumbien, Mexiko, Brasilien und Peru). Die von der griechischen Regierung suspendierten Auslandsschulden beliefen sich auf 3 Mio. £ und waren für den Kauf von Rüstungsgütern für den Unabhängigkeitskrieg bestimmt; erst fünfzig Jahre später, im Jahre 1878 erreichte Griechenland mit den Gläubigern eine Regelung dieser Auslandsschulden, wobei die Gläubiger auf 90% ihrer Forderungen verzichteten.

Mit dieser Regelung erhielt die griechische Regierung wieder Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten. Zwischen 1879 und 1890 nahm Griechenland sechs Auslandsanleihen auf. Die Gelder wurden v.a. zur Finanzierung der laufenden Budgetdefizite und zur Aufrechterhaltung der Schuldendienstzahlungen verwendet. Es erstaunt deshalb nicht, dass das Land nach kurzer Zeit, zu Beginn der 1890er Jahre, mit Auslandsschulden von 22 Mio. £ zum zweiten Mal zahlungsunfähig wurde. Wie 1826 war auch diese Schuldenkrise mit einer globalen Finanzkrise verknüpft, die u.a. zum Bankrott des Londoner Bankhauses Barings führte. Neben Griechenland waren auch Argentinien (das damals mit Abstand grösste Schuldnerland), Portugal, Brasilien, Uruguay, Venezuela, Kolumbien und Serbien von einer Staatsschuldenkrise betroffen. Nach langwierigen fünfjährigen Verhandlungen mit den Gläubigern akzeptierte die griechische Regierung eine Schuldenregelung, die die Errichtung einer internationalen Finanzkontrolle beinhaltete. Dabei trat die griechische Regierung der Schuldenkontrollstelle die Erträge verschiedener Staatsmonopole ab, so etwa die Ein-

künfte aus dem Tabak- und Salzmonopol, den Stempelsteuern sowie den Zolleinkünften des wichtigen Hafens von Piräus.

Die dritte Krisenepisode Griechenlands erfolgte in Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise zu Beginn der 1930er Jahre. Wie viele andere Länder – darunter Deutschland, Österreich, Rumänien, Jugoslawien, Polen, Ungarn, Brasilien, Mexiko, Chile, Kolumbien, Peru – war die griechische Regierung nicht mehr im Stande, die aufgelaufenen Staatsschulden (im Umfang von ca. 380 Mio. \$) zu bedienen und suspendierte im April 1932 alle Zins- und Amortisationszahlungen. Erst mehr als dreißig Jahre später, Mitte der 1960er Jahre, kam es zu einer Regelung dieser Altschulden. Allerdings hatte das Land bereits vor dieser Schuldenregelung aufgrund seiner grossen strategischen Bedeutung im Kalten Krieg von grosszügigen Finanzhilfen der USA profitiert.

Die gegenwärtige Strategie der Gläubiger und der griechischen Regierung zur Lösung der Staatsschuldenkrise erinnern an die Situation Griechenlands während der Krise der 1890er Jahre, aber auch an die lateinamerikanische Schuldenkrise der 1980er Jahre. So ähnelt die derzeit von der Troika durchgeführte Finanzkontrolle stark der 1898 von den Gläubigern eingesetzten externen Schulden- und Finanzverwaltung. Wie damals verstricken sich Gläubiger und Schuldner dabei in langwierigen Umschuldungsverhandlungen, anstatt einen raschen Schuldenschnitt zu vereinbaren. Der Preis dieser wiederholten Umschuldungen und Restrukturierungen ist jedoch eine Verlängerung des Leidensweges: Griechenland (und Europa) droht ein langwieriger, schmerzhafter Anpassungsprozess, ähnlich demjenigen der lateinamerikanischen Länder während ihres „verlorenen Jahrzehnts“ nach der globalen Staatsschuldenkrise von 1982-83.

Die Entwicklungsländer in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise

Marc HERKENRATH*

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ging von den Industrieländern des Nordens aus. Sie hat aber auch im Süden Rückschritte im Wirtschaftswachstum und der Armutsbekämpfung bewirkt. Ihre verheerenden sozialen Folgen sprechen klar gegen die Fortsetzung von Entwicklungsstrategien, die hauptsächlich auf die Förderung von Exporten und ausländischen Investitionszuflüssen setzen.

Einleitung – Viel Lärm um Nichts?

Die Statistik der International Labour Organisation (ILO) zeigt, dass die globale Arbeitslosenrate seit 2007 von 5,4% auf rund 6% angestiegen ist (ILO 2013:134, Tab. A2). Konkret bedeutet dies, dass in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise bisher fast 30 Millionen Menschen neu arbeitslos geworden sind (ebd.:135, Tab. A4). Etwa die Hälfte der Betroffenen lebt in Schwellen- und Entwicklungsländern (ebd.:9). Gleichzeitig haben auch prekäre Anstellungsbedingungen und die unfreiwillige Teilzeitarbeit zugenommen. Die Reallöhne sind in zahlreichen Ländern deutlich gesunken.

In den Entwicklungsländern kommt für viele Betroffene hinzu, dass sie weiter mit den Folgen der vorangehenden Nahrungsmittelkrise zu kämpfen haben. Sie mussten bereits 2008 einen Teil ihrer Ersparnisse und andere Reserven aufgeben, um ihren Bedarf an den immer teurer werdenden Grundnahrungsmitteln finanzieren zu können, und gerieten deshalb ungeschützt in die Weltwirtschaftskrise hinein (UNCTAD 2010:29). An der ersten UNO-Konferenz zu den Entwicklungsfolgen der Krise im Juni 2009 war denn bereits mehrfach von einer eigentlichen Armutskrise die Rede (eigene Beobachtungen des Autors als Mitglied der offiziellen Schweizer Konferenzdelegation).

Nichtsdestotrotz kam die Neue Zürcher Zeitung Ende 2010 zu einem durchaus erfreulichen Fazit (NZZ, 27.11.2010:31). Unter der Überschrift „Krisenfeste Drittweltländer“ stellte sie fest, die Entwicklungsländer hätten die Krise „besser überstanden als erwartet“ und im Gegensatz zu den Industrieländern immerhin noch eine Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion erzielt. Vor allem die ärmsten Länder

* Dr. Marc Herkenrath ist Privatdozent für Soziologie an der Universität Zürich und regelmässiger Lehrbeauftragter an der Universität Freiburg (CH). Hauptberuflich arbeitet er bei Alliance Sud, der Arbeitsgemeinschaft der Schweizer Hilfswerke. Dort betreut er den Fachbereich „Internationale Finanz- und Steuerpolitik“. E-Mail: marc.herkenrath@uzh.ch

der Welt seien von der globalen Krise „nur wenig in Mitleidenschaft gezogen“ worden.

Der Bericht der Uno-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD), den die NZZ mit diesem optimistischen Fazit zusammenfassen wollte, war allerdings zu anderen Schlüssen gekommen. Dort hiess es, die Krise habe auch in den ärmsten Ländern einzelne Wirtschaftszweige „schwer getroffen“ (UNCTAD 2010:29) und im Verbund mit der massiven Zunahme der Lebensmittelpreise in den Vorjahren beträchtliche Entwicklungsrückschritte verursacht.

Wie also sehen die Entwicklungsfolgen der Krise tatsächlich aus? Dies ist die zentrale Frage, der dieser Beitrag nachgehen will.

Wirtschaftswachstum im Krisenjahr 2009

Die optimistische Einschätzung der Krisenfolgen in den Entwicklungsländern, zu welcher etwa die Neue Zürcher Zeitung gelangte, ist zwar nicht grundsätzlich falsch, aber klar zu einseitig. Ein Blick auf die durchschnittlichen Wachstumsraten des Bruttoinlandproduktes (BIP) der Länder verschiedener Einkommenskategorien zeigt ein differenzierteres Bild (Tabelle 1). So trifft zu, dass sich das durchschnittliche Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer auf dem Höhepunkt der Krise im Jahr 2009 mit 1,6% weiterhin im positiven Bereich bewegte. In der Gruppe der Entwicklungsländer mit sehr tiefem Einkommen (den *low income countries*) betrug das Wirtschaftswachstum im Ländermittel sogar 3,5 Prozent. Im Gegensatz dazu erlebten die Industrieländer mit einer Rate von -3% ein negatives BIP-Wachstum, also ein Schrumpfen ihrer Wirtschaftsleistung.

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum nach Ländergruppen (Gruppenmittelwerte)

BIP-Wachstum	2009	2009 (pro Kopf)
Industrieländer (n=54) ¹	-3,0	-4,5
Entwicklungsländer (n=119) ²	1,6	0,0
darunter: Länder mit tiefem Einkommen (n=27)	3,3	0,9

¹ Länder mit hohem Einkommen; ² Länder mit mittleren und tiefen Einkommen; alle gemäss Weltbankkategorien
Quelle: Herkenrath (2012) mit Daten der World Bank World Development Indicators (Online-Version).

Das Bild ändert sich allerdings, wenn das Wachstum des Einkommens *pro Kopf* betrachtet wird. Hier zeigt sich nämlich, dass die untersuchten Entwicklungsländer im Jahr 2009 ein Nullwachstum erlebten, also in die Stagnation gerieten. In den Ländern mit tiefen Einkommen lagen die Wachstumsraten des BIP pro Kopf mit einem Durchschnittswert von 0,9% zwar weiter im positiven Bereich, doch zeigen weiterführende Analysen, dass dennoch mehr als ein Viertel (29,6%) dieser Länder 2009 ein Negativwachstum erlebte (Herkenrath 2012:4).

Zudem verpassten über drei Viertel (76,7%) aller untersuchten Entwicklungsländer im Jahr 2009 die Schwelle für eine erfolgreiche Armutsbekämpfung, nämlich einen Mindestzuwachs des Pro-Kopf-Einkommens von 3%. Die Weltbank (2010:41) geht davon aus, dass sich in diesem Jahr fünfzig Millionen Menschen weniger aus der absoluten Armut befreien konnten, als was unter normalen Umständen möglich gewesen wäre. In einem Alternativszenario ohne die Krise wäre es auch deutlich wahrscheinlicher gewesen, dass das UNO-Millenniumsziel der Halbierung der globalen Armut bis 2015 noch erreicht werden könnte.

So interessiert denn nicht nur, ob und wie viel Wirtschaftswachstum die Entwicklungsländer im Krisenjahr 2009 tatsächlich hatten. Genauso wichtig ist die konterfaktische Frage, wie viel Wachstum sie *ohne* die Krise hätten haben können und wie weit sie hinter diesem Potential zurückblieben. Dieser Frage soll im nachfolgenden Abschnitt weiter nachgegangen werden.

Wachstumseinbussen gegenüber der Vorkrisenzeit

Um die krisenbedingten Wachstumseinbussen gegenüber einem konterfaktischen Szenario ohne globale Wirtschaftskrise einschätzen zu können, drängt sich ein Vergleich der Wachstumsraten von 2009 mit jenen in der Zeit vor der Krise auf. In Tabelle 2 (erste Kolonne) werden deshalb zunächst die durchschnittlichen Zuwachsraten des BIP für die Periode 2000 bis 2005 aufgeführt. Sie zeigen, dass die Entwicklungsländer in der Vorkrisenzeit mit einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 4,3% ein leicht höheres Wirtschaftswachstum hatten als die Industrieländer (4,0%). Ihr Wachstumsvorsprung in der Krise ist demnach kein grundlegend neues Phänomen.

Tabelle 2: Wirtschaftswachstum im Zeitvergleich, Gruppenmittelwerte

BIP-Wachstum	Durchschnitt 2000-2005	2009	Differenz
Industrieländer (n=54) ¹	4,0	-3,0	-7,0
Entwicklungsländer (n=119) ²	4,3	1,6	-2,8
darunter: Länder mit tiefen Einkommen (n=27)	4,6	3,3	-1,2

¹ Länder mit hohem Einkommen; ² Länder mit mittleren und tiefen Einkommen; alle gemäss Weltbankkategorien
Quelle: Herkenrath (2012) mit Daten der World Bank World Development Indicators (Online-Version).

Allerdings wird in Tabelle 2 auch deutlich, dass das Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer 2009 klar hinter seinem Potential zurückblieb. Die Wachstumseinbussen gegenüber der Zeit vor der Krise fiel kleiner aus als in den Industrieländern, wo der entsprechende Wert ganze sieben Prozentpunkte betrug, doch war sie mit 2,8 Punkten weiterhin beträchtlich.

Das bedeutet, dass die NZZ mit ihrer optimistischen Einschätzung der Entwicklungsfolgen der Krise nur bedingt recht hatte. Richtig ist, dass die Entwicklungsländer

im Jahr 2009 weniger stark unter der Krise litten als die Industrieländer, in denen die Rezession ihren Anfang genommen hatte. Der Grund dafür ist, dass sie – und das gilt insbesondere für die ärmsten unter ihnen – weniger stark in die globalen Finanzmärkte integriert sind. Zudem haben einzelne fortgeschrittene Entwicklungsländer – darunter vor allem Brasilien und die ostasiatischen Länder – aus früheren regionalen Finanzkrisen gelernt und ihre Finanzsektoren stärker reguliert als die meisten Industrieländer (Sobreira und de Paula 2010). Die ärmeren Länder als „krisenfest“ zu bezeichnen, ist allerdings irreführend, denn auch dort sind massive Wachstumseinbußen und Rückschläge in der sozialen Entwicklung festzustellen.

Hinzu kommt, dass die im Jahr 2010 einsetzende Erholungsphase in den meisten Entwicklungsländern nur von kurzer Dauer war. Bereits im ersten Quartal des Jahres 2011 kam es wieder zu beträchtlichen Wachstumsrückgängen, die sich in allen Entwicklungsregionen ausser dem Nahen Osten und Nordafrika bis ins Jahr 2012 fortgesetzt haben (IMF 2013:2, Tab. 1). In Afrika südlich der Sahara etwa ist das durchschnittliche Wirtschaftswachstum 2012 mit 4,8% (ebd.) 2,3 Prozentpunkte tiefer ausgefallen als im Vorkrisenjahr 2007 (7,1%; IMF 2012:190, Tab. A1). In den asiatischen Entwicklungsländern lag das Durchschnittswachstum des BIP im Jahr 2012 mit 6,6% (IMF 2013:2, Tab. 1) ganze 4,8 Prozentpunkte unter dem Wert von 2007 (11,4%; IMF 2012:190, Tab. A1). Von einer Wiederherstellung der wirtschaftlichen Zuwachsraten vor der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise kann mithin noch keine Rede sein.

Die Krux der Weltmarktintegration

Dass auch die Entwicklungsländer relativ stark von der globalen Rezession getroffen wurden und beträchtliche Rückschritte bei der Armutsbekämpfung hinnehmen mussten, liegt nicht zuletzt an ihrer hohen Weltmarktintegration über den Handel und die Investitionen. So haben Exporte und der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen (ADI) dort im Verhältnis zur Grösse der Wirtschaft zwar ein geringeres ökonomisches Gewicht als in den Industrieländern, doch hat ihre Bedeutung in den letzten Jahrzehnten tendenziell zugenommen. Diese wachsende Weltmarkteinbindung, die den Entwicklungsländern oft von Aussen aufgezwungen worden ist, etwa durch die Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, rächt sich nun. Denn Länder, die besonders stark in den Welthandel und den Markt für ADI eingebunden sind, haben in der Krise die grössten Einbußen erlebt.

So hielt der Internationale Währungsfonds bereits im Herbst 2009 fest, die Entwicklungsländer – auch die ärmsten unter ihnen – seien „hit hard by the global crisis“ (IMF 2009:7), und verwies auf die Reduktion der Exportnachfrage, der Zuflüsse ausländischer Direktinvestitionen und der Rimessen ausländischer Arbeitskräfte als wichtigste Erklärungsfaktoren: „The crisis is significantly impacting LICs [=low in-

come countries] through reduced demand for their exports, lower FDI [=foreign direct investment], and reduced remittances. ... At the same time, the direct impact of the financial crisis has been limited“ (ebd.:10). Es dürften also vor allem Länder mit einer hohen Abhängigkeit von Exporten, ausländischen Direktinvestitionen und Remissen unter der Krise zu leiden haben.

Tatsächlich zeigen weiterführende Analysen, dass Entwicklungsländer mit einer überdurchschnittlich hohen Abhängigkeit von ausländischen Direktinvestitionen in der aktuellen Krise mehr als doppelt so hohe Wachstumseinbussen erlebt haben als andere (Herkenrath 2012:8, Tab. 6). Ähnliches gilt für Entwicklungsländer mit einer überdurchschnittlichen hohen Exportquote (ebd.:8, Tab. 5). Damit bestätigen sich denn auch die Ergebnisse, die Harvard-Ökonom Dani Rodrik mit Blick auf verschiedene Krisen der Vergangenheit – darunter die Schuldenkrise der 1980er Jahre – bereits Ende der 1990er Jahre vorlegte. So lassen Rodriks Untersuchungen erkennen, dass mit der zunehmenden Weltmarktintegration der Entwicklungsländer deren Anfälligkeit für immer häufiger auftretende externe Krisen deutlich zugenommen hat (Rodrik 1999).

Extern verursachte Krisen wiederum führen, wenn die staatlichen Sozialnetze versagen, zu sozialen Unruhen und politischen Auseinandersetzungen darüber, welche Bevölkerungsschichten, Ethnien und Regionen die knappen Ressourcen zur Krisenlinderung erhalten sollen. Bestenfalls nehmen diese Unruhen wie zurzeit im nördlichen Afrika die Form von Aufständen gegen korrupte Regime an, doch in der Regel verzögern sie die wirtschaftliche Erholung. Rodrik zufolge sind die wirtschaftlichen Folgeschäden solcher Krisen oft grösser als die Wachstumsgewinne der Zeit vor der Krise.

Fazit – Gesucht: ein neues Entwicklungsmodell

Insgesamt sprechen die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise gegen das bisher dominante Wachstums- und Entwicklungsmodell, das im Sinne des Marktfundamentalismus auf eine Liberalisierung und Deregulierung der aussenwirtschaftlichen Beziehungen setzt. So zeigt sich, dass der internationale Freihandel kaum zusätzliches Wirtschaftswachstum ermöglicht, aber die Verletzlichkeit gegenüber den Folgewirkungen von weltmarktbedingten Einbussen erhöht. Handelsoffenheit erzeugt somit, wenn überhaupt, nur geringe Wohlstandsgewinne. Dafür belegen Untersuchungen des Weltbank-Ökonomen Branko Milanovic, dass mit dem deregulierten Handel die soziale Ungleichheit ansteigt. Milanovic zufolge haben über die letzten zweieinhalb Jahrzehnte in den Industrienationen auch Teile der Unterschichten von der Handelsöffnung profitiert, in den Entwicklungsländern hingegen fast ausschliesslich die Oberschichten (Milanovic 2005).

Die Bilanz aus einem Vierteljahrhundert neoliberaler Globalisierungspolitik sieht denn auch deutlich anders aus als die anfänglichen Versprechungen. Statt zu den angeblichen allgemeinen Wohlstandsgewinnen ist es zu einer Zunahme der inter- und intranationalen Einkommensungleichheiten, zu Notständen in der Nahrungsmittelversorgung und im Jahr 2008 schliesslich zur globalen Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen – und all dies mit drastischen sozialen Auswirkungen vor allem für den ärmsten Teil der Weltbevölkerung. Sollen solche Auswüchse zukünftig vermieden werden, braucht es ein neues entwicklungspolitisches Paradigma, das nicht alleine auf Handelsöffnung und die Deregulierung ausländischer Direktinvestitionen abstellt. Bei den massgeblichen internationalen Organisationen und den meisten nationalen Entwicklungsagenturen ist diese Einsicht jedoch noch nicht durchgedrungen.

Literatur

- Herkenrath, Marc (2012). Die Entwicklungsfolgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise: Erklärungsfaktoren der Wachstumseinbussen in Entwicklungsländern. Arbeitspapier vom 27.12.2012. Universität Zürich: Soziologisches Institut. URL: <http://www.suz.uzh.ch/herkenrath/publikationen/workingpapers.html> (Zugriff am 8.2.2013).
- ILO (International Labour Organisation) (2013). *Global Employment Trends 2013: Recovering from a second jobs dip*. Genf: International Labour Office. URL: <http://www.ilo.org/global/research/global-reports/global-employment-trends/2013/lang--en/index.htm> (Zugriff am 8.2.2013).
- IMF (International Monetary Fund) (2009). *The Implications of the Global Financial Crisis for Low-Income Countries – An Update*. Washington D.C.: International Monetary Fund.
- IMF (International Monetary Fund) (2012). *World Economic Outlook, October 2012: Coping with High Debt and Sluggish Growth*. Washington D.C.: International Monetary Fund.
- IMF (International Monetary Fund) (2013). *IMF World Economic Outlook Update: Gradual Upturn in Global Growth During 2013*, 23. Januar 2013. URL: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2013/update/01/pdf/0113.pdf> (Zugriff am 8.2.2013).
- Milanovic, Branko (2005). Can We Discern the Effect of Globalization on Income Distribution? Evidence from Household Surveys. *The World Bank Economic Review* 19(1): 21-44.
- NZZ (Neue Zürcher Zeitung) (2010). *Krisenfeste Drittweltländer*. Ausgabe vom 27.11.2010, S. 31.

Rodrik, Dani (1999). Where Did All the Growth Go? External Shocks, Social Conflict and Growth Collapses. *Journal of Economic Growth* 4(4): 385-412.

Sobreira, Rogério und Luiz Fernando de Paula (2010). The 2008 Financial Crisis and Banking Behavior in Brazil: The Role of the Prudential Regulation. *Journal of Innovation Economics* 6(2): 77-93.

UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) (2010). *The Least Developed Countries Report 2010*. New York und Genf: United Nations.

Weltbank (2010). *Global Economic Prospects 2010: Crisis, Finance, and Growth*. Washington, D.C.: World Bank.

Bewegungen und Proteste in der Krise

Maurizio COPPOLA*

In der akademischen Wissenschaft werden Beiträge, die von bewegungsnahen SozialwissenschaftlerInnen oder gar von AktivistInnen aus den Bewegungen selbst produziert werden, oft vernachlässigt oder als unwissenschaftlich und politisch deklassiert. Solche Beiträge haben jedoch oft den Vorteil, im Prozess der Bewegungen, Proteste und Revolten selbst entstanden zu sein und erlauben somit einen tiefgreifenderen Einblick in das Geschehen. Hier werden zwei Bücher vorgestellt, die meiner Ansicht nach für die Erforschung sozialer Bewegungen und Proteste zentral sind (Birke und Henninger 2012; Bayat 2012). Es gilt, den Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und Protest, Revolte, auch Revolution zu verstehen, ohne dabei in mechanische Erklärungsmuster zu verfallen. Dieser Versuch, einen Zusammenhang herzustellen, sollte zur Sammlung von Fragen beitragen, die Krisen und Proteste betreffen. Das Bindeglied zwischen Krisen und Protesten – zwei eigensinnige und stets auseinander-treibende Seiten einer komplexen historischen Entwicklung – stellt eine „historische Figur“ dar, deren Erfassung sich nicht auf dem Papier vollziehen kann, sondern stark praxisbezogen ist. Es gilt, genau auf diese unterschiedliche Praxen zu schauen, um die jüngsten Protestbewegungen im Kontext der weltweiten Krise zu verstehen.

Proteste im Zentrum der Weltgesellschaft

In einem Band aus der online Zeitschrift Sozial.Geschichte sammeln die Herausgeber Peter Birke und Max Henninger Beiträge zu genau diesem Zusammenhang von ökonomischer Entwicklung und Protesten. Die AutorInnen geben einen breiten Überblick über die jüngsten Geschehnisse in Europa und den USA, ohne dabei die Zusammenhänge mit der „Peripherie“ (der afrikanische Kontinent, der Nahe Osten, China) aus den Augen zu verlieren.

Das deutsche Beispiel kann als sinnbildlich für die Krisenproteste in unseren Gegenden beschrieben werden. In Deutschland waren die typischen Krisenproteste eher marginal und mündeten in keine breite Bewegung. Dies fusst nicht etwa auf einer wirtschaftlichen und sozialen Stabilität, denn die Wiederkehr der Proletarität im Sinne einer durchgreifenden Hierarchisierung der Arbeitsmärkte und der Lebenschancen hat auch Deutschland erfasst. Vielmehr sind immer zahlreicher dezentrale soziale Konflikte zu erkennen, die zwar in ihrer Massenhaftigkeit abnehmen, aber auf eine

* M.A. Maurizio Coppola ist Diplomassistent am Studienbereich Soziologie, Sozialarbeit und Sozialpolitik der Universität Freiburg (CH). E-Mail: maurizio.coppola@unifr.ch

wichtige qualitative Veränderung der Klassenkämpfe hinweisen. Es ist eine Verschiebung zugunsten von Arbeitsfeldern beobachtbar, die von weiblichen und migrantischen Arbeitenden geprägt sind und in denen die Produktion öffentlicher Güter zur täglichen Herausforderung wird. Diese Verschiebung geht mit einer gewerkschaftlichen Politik einher, die als „Stillhalteabkommen“ bezeichnet werden kann: Der Verzicht auf stabile Löhne wurde gegen die Sicherung der Arbeitsplätze der Kernbelegschaft getauscht, wobei dem Staat die Aufgabe zugewiesen wurde, diesen Tausch extern abzusichern und zu regulieren. Diese Form des Korporatismus hat nicht nur deutsche Ausprägung, ähnliche Tendenzen sind auch in der Schweiz beobachtbar.

Die Verbindung von ökonomischen Krisen und Protesten kann auch in den USA nachgezeichnet werden. Die Zahl der armutsbetroffenen AmerikanerInnen kehrte im Zuge der aktuellen Wirtschaftskrise auf den Stand von vor 50 Jahren zurück, die Einkommen haben sich auf dramatische Weise polarisiert und soziale Ungleichheiten durch ethnische Spaltungen akzentuiert. Gleichzeitig kann eine Abkehr der Linken von der parlamentarischen Politik und das Aufkommen neuer Organisationsformen festgestellt werden. Die Occupy-Bewegung ist Ausdruck eines neuen politischen Ansatzes, der in den letzten zehn Jahren aus der Krise der globalisierungskritischen und antimilitaristischen Bewegungen hervorgegangen ist und der sich aus dem Zusammenschluss des Feminismus und der Commons-Bewegung ergeben hat. Zentral für das Bestehen der Occupy-Bewegung war die Verbindung von politischen Forderungen und Alltagsproblemen: Ein Anerkennungsprozess wurde angestoßen, dass die Bewegungen, wenn sie funktionieren und gedeihen sollen, eine Vergesellschaftung der Erfahrungen von Trauer, Krankheit, Schmerz und Tod erfordern, von Erfahrungen also, mit denen sich Menschen in ihrer politischen Arbeit oft nur am Rande oder auch überhaupt nicht beschäftigen.

Das stille Vordringen der Revolution

Asef Bayats „Leben als Politik“ hingegen kann regelrecht als Standardwerk zur Vorgeschichte der arabischen Revolten bezeichnet werden. Das Buch enthält Aufsätze, die der Autor zwischen 2000 und 2009 verfasst hat – also noch vor dem Ausbruch der grossen Revolten in Tunesien, Ägypten, Jemen, Syrien etc. Er übt eine empirische Kritik an Versuchen, Theorien sozialer Bewegungen übergesellschaftlich und ahistorisch anzuwenden. Vielmehr richtet er den Fokus auf die Strukturen des Nahen Ostens, um die spezifischen Formen von Protesten, Revolten und Revolution herauszuarbeiten: rapide Urbanisierung, zunehmende Informalisierung der Arbeit und soziale, politische und ökonomische Marginalisierung breiter Teile der Mittelschichten. Gerade die im letzten Jahrzehnt massive Preiserhöhung von Lebensmitteln gab den Unruhen einen wichtigen Anstoss. Sie akzentuierte die Verarmung eines grossen Teils der Bevölkerung, die im informellen Sektor arbeitet und ausserordentlich wenig ver-

dient. Hinzu kommen repressive Kontrollmechanismen (Internetzensur) und mafiöse Strukturen (Klientelismus, Kleptokratie), welche die Bevölkerung schikanierten.

Der Fokus richtet sich somit auf die „urbanen Enteigneten“, also auf die städtisch Armen, die muslimischen Frauen, die Jugend, Landflüchtlinge, gewisse Fraktionen der Mittelschicht, welche kaum von Gewerkschaften und ähnlichen Organisationen vertreten werden. Gleichzeitig verwirft er die poststrukturalistische „Widerstands“-Literatur, die überall Macht und Widerstand erkennt, aber die zentralisierte Macht des Staates und seine Klassendimension verschleiert. Bayat stellt eher eine Verschränkung von Aktivismus und Praktiken des Alltags fest – also mikrosoziale Widerstandsformen –, die nicht mit den Begrifflichkeiten der Theorien sozialer Bewegungen erfasst werden können. Hier entwickelt er den Begriff der „sozialen Nicht-Bewegung“. Im Gegensatz zu den uns bekannten sozialen Bewegungen, die meist klare Führungspersönlichkeiten aufweisen und zentralisiert, organisiert und ideologieorientiert agieren, zeichnen sich soziale Nicht-Bewegungen durch ein „stilles Vordringen des Alltäglichen“ aus: die nichtkollektiven, ausdauernden und direkten Handlungen einzelner Individuen und Familien haben das Ziel, sich auf leise und bescheidene Weise das Notwendigste zum Leben anzueignen. Solche Handlungen gehen immer auf Kosten des Staates, der Reichen und Mächtigen (z.B. „illegales“ Abzapfen von Strom und Wasser, informeller Wohnungsbau, Entzug vom Steuersystem etc.). Solche Aktivitäten sind nicht als bewusste politische Handlungen zu verstehen, sondern entspringen aus der Notwendigkeit, das Überleben zu sichern und das Leben zu verbessern. Sie haben allgemein das Ziel, Güter umzuverteilen und eine Autonomie gegenüber dem Staat herzustellen. Gerade die konkrete Ausgestaltung dieses „stillen Vordringens“ beeinflusst die Reaktion des Staates: Er wendet dann eine „laissez faire“ Politik an, wenn die Selbstorganisation und -hilfe der Menschen staatliche Strukturen und Institutionen ersetzen. Sobald die sozialen Nicht-Bewegungen jedoch ausufern – also konkret Macht in Frage steht – handeln Regierungen repressiv.

Bayat stellt fest, dass die Zunahme dieser Formen des Aktivismus zeitlich einhergeht mit dem Niedergang der traditionellen, klassenbasierten Bewegungen (Bauernorganisationen, Kooperativen, Gewerkschaften, Politik der NGOs, islamische Organisationen). Gerade der strukturelle Wandel des Nahen Ostens hat die Legitimität tradierter kollektiver Organisationen in Frage gestellt. Menschen drängen vermehrt mit neuem Selbstbewusstsein und Durchsetzungsvermögen auf tatsächliche soziale Reformen und Veränderungen. Bayat bricht somit mit orientalistischen Klischees statischer und zur Veränderung unfähiger islamischer Gesellschaft.

Neuzusammensetzung des Sozialen

Aus diesen Beispielen können mindestens vier Schlussfolgerungen für Wissenschaft und Politik gezogen werden. Erstens: Sowohl die Beispiele aus Deutschland und den

USA, wie auch diejenige aus dem arabischen Raum zeigen, dass die Krise der Repräsentanz klassischer Organisationen (Parteien und Gewerkschaften) tiefe Risse in der Vorstellung von Vertretung offenbart. Daran anschliessend und zweitens: Proteste weisen einen sporadischen und eruptiven Charakter auf. Die involvierten Menschen bedienen sich autonomen und spontanen Strukturen, die schnell wieder aufgelöst und neu zusammengesetzt werden können. Zentral in dieser Hinsicht ist die Frage nach der Kontinuität und der Zusammenführung solcher Protestbewegungen. Drittens weisen die erarbeiteten Analyseinstrumente zur Erfassung des Zusammenhangs von ökonomischen Krisen und Protesten keinen ahistorischen Charakter auf und können somit nicht über alle Protest-Phänomene übergestülpt werden. Viertens: Der Blick auf die Ränder, auf die Proteste und Aufstände geben Aufschluss darüber, wie Gesellschaft funktioniert. Es geht darum, die „kleinen Leute“ in ihrem Handeln ernst zu nehmen, sie als Subjekte ihrer Geschichte auftreten zu lassen, ja gar auf ihrer Seite zu stehen.

Die AutorInnen der erwähnten Studien vollziehen bemerkenswerte Ausgrabungsarbeit, um Unbekanntes darstellen zu können. Es ist keine Glorifizierung der Proteste, sondern eine kritische Auseinandersetzung mit den beobachtbaren Schwierigkeiten. In dieser Hinsicht sind diese Textsammlungen vielversprechend für diejenigen Menschen – sowohl WissenschaftlerInnen, wie auch AktivistInnen oder schlicht Interessierte –, welche die vielen offenen Fragen der Krisen und Proteste nicht mit vorgefertigten Antworten angehen, sondern eine „historische Offenheit“ an den Tag legen. Anstatt die Bewegungen dafür zu kritisieren, dass sie daran scheitern, vorgefertigte Ideale zu erfüllen, sollten wir fragen, was sie uns über die Neuzusammensetzung des Sozialen sagen können.

Literatur

- Bayat, Asef (2012). *Leben als Politik. Wie ganz normale Leute den Nahen Osten verändern*. Hamburg/Berlin: Assoziation A.
- Birke, Peter und Max Henninger (2012). *Krisen Proteste. Beiträge aus Sozial.Geschichte Online*. Hamburg/Berlin: Assoziation A.

Sorgekrise – ein Handbuch-Artikel

Ulrike KNOBLOCH*

Unter einer Wirtschafts- und Finanzkrise, auch unter einer Umwelt- oder Nahrungsmittelkrise können sich die meisten etwas vorstellen. Aber was ist eine Sorgekrise (engl.: *care crisis* oder *crisis of care*)? Ich werde mich diesem Phänomen zunächst von der begrifflichen Seite her nähern und Ausprägungen der Sorgekrise in den Ländern des globalen Nordens und Südens vergleichen, dann werde ich die in der Fachliteratur genannten Gründe für das Entstehen einer Sorgekrise zusammenstellen und die vorgeschlagenen Lösungsansätze zu ihrer Überwindung beleuchten.

Lücke, Defizit oder Krise?

Seit den 1990er Jahren wird von verschiedenen Seiten eine Sorgekrise konstatiert (Phillips und Benner 1994; Benería 2010), die auch als „Krise der Care-Ökonomie“ (Madörin 2006) oder „soziale Reproduktionskrise“ (Orozco 2009a; Winker 2011) bezeichnet wird. Parallel dazu wurden eine Reihe weiterer Begriffe geprägt, die verwandte Phänomene charakterisieren wie „Reproduktions-, Versorgungs- oder Sorge-lücke“ (Knobloch 2007; Jurczyk 2010; Winker 2011), „Care-Defizit“ (Stiegler 2009; Zimmerman et al. 2006) oder „care labour shortage“ (Simonazzi 2009).¹

Ob Lücke, Defizit oder Krise, immer geht es darum, dass zu wenig bezahlte oder unbezahlte Sorgearbeit geleistet wird, dass also – ökonomisch gesprochen – die Nachfrage nach Sorgeleistungen durch das Angebot an Sorgearbeit nicht gedeckt wird und zwar bezogen auf einen privaten Haushalt, ein Land, eine Region oder auch weltweit. Unter bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit wird dabei zum einen die Betreuung von Kindern und die Pflege kranker, alter oder behinderter Menschen verstanden, zum anderen alle mit dieser Betreuung und Pflege verbundenen Tätigkeiten (Razavi und Staab 2008:5) und zudem alle weiteren ver- und fürsorgenden Tätigkeiten von gesunden Erwachsenen füreinander sowie die Sorge für sich selbst (Knobloch 2013a).

Ein zentraler Ausgangspunkt ist die Erwerbstätigkeit von Frauen aller Altersgruppen, die in den vergangenen Jahrzehnten stark zugenommen hat. Denn diese jetzt

* Dr. Ulrike Knobloch ist Oberassistentin am Studienbereich Soziologie, Sozialarbeit und Sozialpolitik der Universität Freiburg (CH). E-Mail: ulrike.knobloch@unifr.ch

¹ Etwas anders gelagerte Phänomene oder Teilprobleme der Sorgekrise sind das als „Dienstleistungslücke“ (Geissler 2002) bezeichnete zu geringe Angebot an bezahlter Sorgearbeit, der in den Medien vielfach beklagte „Pflege-notstand“ (z.B. Greuter und Schilliger 2009) oder das noch aus der Kommunitarismus-Debatte stammende „parenting deficit“ (Etzioni 1993).

erwerbstätigen Frauen haben vorher nicht nichts gemacht, sondern häufig unbezahlte Sorgearbeit geleistet, die sie in diesem Umfang zusätzlich zur Erwerbsarbeit kaum leisten können. Wenn Männer sich im Gegenzug nicht entsprechend mehr an der unbezahlten Sorgearbeit beteiligen (können), wird effektiv weniger, möglicherweise zu wenig Sorgearbeit geleistet. Es entsteht eine Sorgelücke, die daraufhin zu untersuchen ist, wie sie sich auswirkt, ob und wie sie gefüllt werden kann (Jurczyk 2010:72; Knobloch 2007:66; Winker 2011:336ff.).

Von einem Sorgedefizit wird gesprochen, wenn die entstehende Sorgelücke nicht ausreichend gefüllt werden kann, der Bedarf an Sorgeleistungen also nicht gedeckt wird und eine Mangelsituation eintritt. Im Buch *The Global Dimensions of Gender and Carework* wird ein Sorgedefizit definiert als „a lack of paid care (or affordable paid care) and a lack of or insufficient informal, unpaid, family care“ (Zimmerman et al. 2006:371).

Zu einer Sorgekrise kommt es, wenn Sorgedefizite nicht auf einzelne Haushalte beschränkt bleiben, sondern sich national, regional oder weltweit ausdehnen, wobei sich die Situation überall dort zuspitzt, wo sich das Angebot an und die Nachfrage nach Sorgearbeit gegenläufig entwickeln, also immer mehr Sorgearbeit benötigt wird, aber immer weniger Sorgearbeit geleistet wird.

Um die Sorgekrise besser analysieren zu können, ist es hilfreich, zwischen der Perspektive der Sorgeleistenden und der Perspektive der Sorgebedürftigen zu unterscheiden (Kittay 2005:464): Aus Sicht der Sorgeleistenden besteht eine Sorgekrise, wenn die Bedingungen, unter denen Sorgearbeit geleistet wird, so schlecht sind, dass sie nicht nur zu dauerhaftem Stress und Zeitarmut führen, sondern auch mit unerträglichen physischen und psychischen Belastungen verbunden sind, die gesundheitsgefährdend und menschenunwürdig sind.

Aus Sicht der Sorgebedürftigen besteht eine Sorgekrise, wenn das Angebot an Sorgeleistungen viel zu gering ist, d.h. wenn so viel weniger Sorgearbeit als benötigt geleistet wird, dass sie massiv unterversorgt sind und dadurch ihre Lebensqualität stark eingeschränkt wird. Beispiele sind auf der Strasse lebende Kinder, fehlernährte Menschen, schlecht betreute AIDS- oder Demenzkranke, wundgelegene bettlägerige Menschen und im Extremfall Verwahrlosung und Sterbefälle, die durch angemessene Sorgearbeit hätten vermieden werden können.

Sorgekrise in den Ländern des globalen Nordens und Südens

In der Fachliteratur werden vielfältige Phänomene und Dimensionen in verschiedenen Ländern und Bereichen der Sorgearbeit als „Sorgekrise“ bezeichnet. Während von den einen die Sorgekrise vorrangig als Problem der Länder des globalen Nordens mit hoher Lebenserwartung verstanden wird (Parreñas 2000:39; Orozco 2009b:4), wird von anderen deutlich gemacht, dass gerade auch die Länder des globalen Südens

dort besonders stark von einer Sorgekrise betroffen sind, wo zusätzliche Belastungen wie die HIV/AIDS-Pandemie hinzukommen (Staab 2009:195; Urdang 2006) oder die Migration von Sorgeleistenden zu gravierenden Problemen in den Heimatländern führen (Zimmerman et al. 2006:2). Die Ausprägungen der Sorgekrise werden für einzelne Länder und Regionen getrennt untersucht, z.B. Glenn (2008) für die USA, Jürgens (2010) für Deutschland, Precarias a la deriva (2011) für Spanien, Arriagada und Orozco (2009) für Lateinamerika oder auch für einzelne Bereiche der Sorgearbeit, z.B. die Sorgekrise bezogen auf die Kinderbetreuung in den USA (Thorne 2004) oder bezogen auf die familiäre Sorgearbeit in den westlichen Ländern (Jurczyk 2010). Vor diesem Hintergrund erscheint es angemessen, von einer „globalen Sorgekrise“ (Isaksen et al. 2009) zu sprechen oder auch von „multiplen Sorgekrisen“, die überall auf der Welt entstehen (Zimmerman et al. 2006:2).²

Die Sorgekrise ist also weltweit spürbar mit Gemeinsamkeiten, aber auch grossen Unterschieden zwischen den Ländern des globalen Nordens und Südens sowie auch innerhalb der beiden Ländergruppen. Sowohl in den Ländern des globalen Nordens wie des globalen Südens steigt der Bedarf an Sorgeleistungen. Gemeinsam ist auch, dass bezahlte und unbezahlte Sorgearbeit in verschiedenen Sektoren erbracht wird, im Marktsektor, im öffentlichen und Non-Profit-Sektor, ebenso wie in den privaten Haushalten. Zudem ist für beide Ländergruppen die Suche nach individuellen Lösungen nicht ausreichend, sondern es bedarf gesellschaftlicher und politischer Lösungsansätze.

In den Ländern des globalen Nordens entstehen Sorgekrisen vor allem dadurch, dass Frauen sich, was die Erwerbsarbeit angeht, den Männern zunehmend anpassen, während sich Männer, was die unbezahlte Sorgearbeit angeht, in viel geringerem Umfang anpassen wollen oder können. Eine Reaktion darauf ist, dass Erwerbstätige, die es sich leisten können, für im eigenen Haushalt geleistete Sorgearbeit bezahlen oder sie in die bezahlten Sektoren verlagern. In vielen Ländern des globalen Südens ist dagegen die Beschäftigungssituation insbesondere in ländlichen Regionen so schlecht und die Verdienstmöglichkeiten sind selbst mit einer qualifizierenden Ausbildung oft so gering, dass viele Menschen ins Ausland migrieren, um dort Sorgearbeit zu leisten. Sie hinterlassen dann möglicherweise Sorgelücken in ihren Heimatländern, die, wenn sie nicht gefüllt werden können, zu Sorgedefiziten und -krisen führen.

Gründe für das Entstehen einer Sorgekrise

Die Gründe, die für das Entstehen einer Sorgekrise angeführt werden, sind weder wert- noch geschlechtsneutral, sondern basieren auf einem Wertefundament, dem die kritische Geschlechterforschung der vergangenen 40 Jahre zugrunde liegt (Becker-

² Bezogen auf die familiäre Arbeit konstatiert Karin Jurczyk eine „vierfache – individuelle, familiäre, betriebliche und gesellschaftliche – Sorge- bzw. Reproduktionslücke“ (2010:72).

Schmidt 2011). Die zentralen in der Fachliteratur angeführten Begründungen werden im Folgenden zusammengestellt (Madörin 2006:292; Stiegler 2009:30f.).

Erwerbstätigkeit: Die Erwerbstätigkeit von Frauen jeden Alters ist in den letzten Jahrzehnten stark angestiegen und die Erwerbstätigkeit von Männern nicht wesentlich geringer geworden, so dass weniger Zeit für unbezahlte Sorgearbeit bleibt. Zudem steigen im Erwerbsleben die Anforderungen in Bezug auf Mobilität und Flexibilität. Wenn die Sorgelücken, die durch die Erwerbstätigkeit von Männer und Frauen entstehen, nicht gefüllt werden, besteht die Gefahr von Sorgedefiziten, die zu einer Sorgekrise anwachsen können.

Moderne Lebensformen: Neben der Beschäftigungssituation sind es auch die Familien- und Wohnformen in einer modernen Gesellschaft, die es schwierig, wenn nicht sogar unmöglich machen, die notwendige unbezahlte Sorgearbeit selbst zu übernehmen. Wenn keine anderen Familienmitglieder, Freunde oder Nachbarn diese Sorgeleistungen unbezahlt übernehmen können, delegieren Haushalte, die es sich leisten können, notwendige Sorgeleistungen zunehmend gegen meist geringe Bezahlung an andere Personen bzw. verlagern sie in den Marktsektor, den öffentlichen oder den Non-Profit-Sektor.

Steigende Nachfrage: Die Gründe dafür, dass die Nachfrage nach bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit weltweit steigt, sind vielfältig. Sie reichen über die Erwerbstätigkeit und die modernen Lebensformen hinaus von der HIV/Aids-Pandemie in afrikanischen Ländern und der wachsenden Anzahl pflegebedürftiger Personen, insbesondere Demenzkranker mit hohem Pflegebedarf in vielen Ländern des globalen Nordens bis hin zur lang andauernden und zeitintensiven Betreuung von Schulkindern und Jugendlichen.

Sinkendes Angebot: In einer Marktgesellschaft, die durch das Streben nach möglichst viel Gewinn und Einkommen geprägt ist, sind Betreuungs- und Pflegeberufe aufgrund ihrer geringen Verdienst- und Aufstiegschancen nicht attraktiv und innerhalb der Marktlogik erscheint es wenig erstrebenswert, unbezahlte oder gering bezahlte Sorgearbeit zu leisten. In den Ländern des globalen Südens macht sich zudem bemerkbar, dass Mädchen endlich auch zur Schule gehen dürfen, statt im Haushalt helfen zu müssen „leaving poor households without one of their major traditional sources of domestic labour“ (Esplen 2009:26).

Begrenzte Produktivitätssteigerungen: Sorgearbeit erfordert Zeit und kann nur in sehr begrenztem Ausmass schneller erledigt werden, ohne dass die Qualität darunter leidet. Sie lässt sich „durch technische Innovationen oder effizientere organisatorische Gestaltung von Arbeitsabläufen nicht in dem Masse rationalisieren ..., wie das in der Güterproduktion der Fall ist. ... Die damit verbundenen geringeren Produktivitätsfortschritte verteuern Care Work gegenüber der Güterproduktion“ (Winker

2011:337). Der Ökonom William Baumol hat dieses Phänomen als Kostenkrankheit (engl.: *cost disease*) bezeichnet (Baumol 1967, 2012).³

Sparpolitik: Durch die rigiden Sparmassnahmen vieler Staaten und den Kostendruck im Gesundheitswesen werden mehr und mehr Sorgeleistungen aus dem öffentlichen Sektor in die Haushalte zurückverlagert (Wichterich 2003:66ff.; Stiegler 2009:31).

Care drain: Immer mehr Menschen, die bisher in Ländern des globalen Südens bezahlte oder unbezahlte Sorgearbeit geleistet haben, gehen ins Ausland, um dort besser bezahlte Betreuungs- und Pflegearbeit für Kinder, Kranke, Behinderte und Alte zu übernehmen. Für die Sorgeverpflichtungen im Heimatland muss dann aber auch eine Lösung gefunden werden. Arlie R. Hochschild (2000) hat in diesem Zusammenhang das Bild von der globalen Sorgekette (engl.: *global care chain*) geprägt. Der Abfluss von Sorgearbeit (engl.: *care drain*) ist in vielen Ländern auch bei der bezahlten Sorgearbeit gewaltig: „In some low-income countries, the staffing and financing of health systems has reached crisis proportions, evident in the out-migration of doctors and nurses from these countries to higher-income destinations“ (Razavi 2007:17). Während die Heimatländer einen „care drain“ erleiden, erfahren insbesondere wohlhabende Haushalte in den Bestimmungsländern einen Zugewinn an Sorgeleistungen, also einen „care gain“ (Harcourt, in: WIDE 2009:35).

Überlegungen zur Überwindung der Sorgekrise

Auch die Lösungsansätze zur Überwindung von Sorgekrisen basieren auf normativen Überzeugungen, die offenzulegen sind. Dabei ist das Modell universeller Betreuungsarbeit (engl.: *Universal Caregiver Model*) von Nancy Fraser (1997), das von der Gleichverteilung der Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern ausgeht, nach wie vor ein hilfreicher Orientierungspunkt. Zudem werden auch der Fähigkeitenansatz (Nussbaum 2000) herangezogen (Benería 2008), die Sorgelogik der Marktlogik gegenübergestellt (Wichterich 2013:69) und das Konzept einer Sorgerationalität entwickelt (Waerness 2009).

Was die Lösungsansätze angeht, erscheint es hilfreich, zwischen individuellen und Marktlösungen auf der einen Seite sowie politischen und gesellschaftlichen Lösungen auf der anderen Seite zu unterscheiden. Überall dort, wo politische Lösungen fehlen, ist der „Balanceakt zwischen Lohn- und Reproduktionsarbeit individuell zu meistern“ (Winker 2011:339), wobei sich die Lösungsstrategien in Abhängigkeit von der Einkommenssituation der Haushalte unterscheiden. Denn Haushalte mit gutem Einkommen können für Sorgeleistungen bezahlen, während Haushalte mit niedrigem Einkommen diese Möglichkeit nicht haben. Wenn sie bei der unbezahlten Sorgearbeit

³ Zum Phänomen der Kostenkrankheit siehe auch Madörin (2006) und Donath (2000).

nicht auf die Mithilfe von Verwandten, Nachbarn oder Freunden zurückgreifen können, müssen sie auf Freizeit und Erholung verzichten (Esplen 2009:26). Zwei Beispiele für diese individuellen Lösungen sind die „Engel aus Polen“ (Greuter und Schilliger 2009) und die Grosseltern als Ersatz für migrierte Eltern (Bastia 2009).

Die zunehmende Nachfrage nach Sorgeleistungen hat dazu geführt, dass in vielen Ländern insbesondere des globalen Nordens Sorgearbeit heute von privaten Unternehmen, die von Kinderkrippen bis hin zu Seniorenresidenzen reichen, gegen entsprechende Bezahlung für diejenigen, die es sich leisten können, erbracht wird. Diese Entwicklung wird auch durch politische Massnahmen beeinflusst, wenn z.B. wie in Deutschland seit Einführung der Pflegeversicherung 1995 gemeinnützige und privat-gewerbliche Träger ambulanter Pflegedienste gleichgestellt sind. Die in diesen Unternehmen geschaffenen Arbeitsstellen sind vielfach gering bezahlte Teilzeitstellen, die – wie auch die Stellen im Haushalt – meist von Frauen anderer Schichten und Nationen übernommen werden.

Politische und gesellschaftliche Lösungsansätze reichen von der Einführung einer Pflegeversicherung bis hin zur Stärkung der sozialen Rechte. Auch in Zeiten knapper öffentlicher Gelder bleibt der Staat gefordert, zusätzliche Sorgeleistungen zur Verfügung zu stellen, indem z.B. Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen betrieben oder finanziell gefördert werden. Ob und welche dieser politischen Lösungen zur Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit auch für die Länder des globalen Südens geeignet sind, ist zu diskutieren (Benería 2008). Andere gesellschaftliche Debatten, wie die Stärkung der Freiwilligenarbeit, die Einführung eines Grundeinkommens und die Finanzierungsmöglichkeiten durch die Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer bekommen eine interessante Wendung, wenn sie als Möglichkeit, die Sorgekrise zu überwinden, diskutiert werden.

Bei der Stärkung der sozialen Rechte geht es insbesondere um das Recht auf Betreuung und Pflege sowie um das Recht auf soziale Sicherung, die als Rechtsansprüche jenseits der Zahlungsfähigkeit zu begreifen sind (Wichterich 2009:106). „Das Recht auf angemessene Betreuung und Pflege lenkt den Blick auf die Pflicht einer Gesellschaft, diese Betreuung und Pflege zu leisten“ (Knobloch 2007:65), wobei zwei Dimensionen zu unterscheiden sind: das Recht der Sorgebedürftigen auf Sorgeleistungen und das Recht der Sorgeleistenden auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen und Anerkennung der geleisteten Arbeit. Das Recht auf soziale Absicherung wird dadurch gestärkt, dass es jedem Menschen aufgrund seines Menschseins zugestanden wird, also unabhängig davon, ob er oder sie erwerbstätig ist oder nicht, in einer Partnerschaft lebt oder nicht, Kinder hat oder nicht (Knobloch 2013b:64).

Bei all diesen Lösungsansätzen ist zu beachten, dass die vielfältigen nationalen und regionalen Sorgekrisen zu einer globalen Sorgekrise geworden sind. Nationale Lösungsversuche sind zu begrüßen, reichen aber vielfach nicht aus, denn aufgrund der zunehmenden Globalisierung der Sorgearbeit kann auf die vielfältigen nationalen und

regionalen Ausprägungen von Sorgekrisen häufig nur im globalen Kontext angemessen reagiert werden. Darüber hinaus wird in den Untersuchungen zur Sorgekrise deutlich, dass die Sorgekrise nicht unabhängig von anderen Krisensituationen ist, sondern insbesondere durch die Wirtschafts- und Finanzkrise verstärkt wird (Benería 2010:1; Orozco 2009a:6; WIDE 2009:39), aber auch in eine Verbindung zur Ernährungskrise gebracht wird (Wach 2009). Noch ganz am Anfang steht die Diskussion über den Zusammenhang von Sorge- und Umweltkrise (Floro 2012).

Literatur

- Arriagada, Irma und Amaia Orozco (2009). Die Care-Ökonomien in Lateinamerika, in: *Olympe. Feministische Arbeitshefte zur Politik*, Heft 30: Care Ökonomie, 62-65.
- Bastia, Tanja (2009). Women's Migration and the Crisis of Care. Grandmothers Caring for Grandchildren in Urban Bolivia, in: *Gender & Development* 17(3), 389-401.
- Baumol, William J. (1967). Macroeconomics of Unbalanced Growth. The Anatomy of Urban Crisis, in: *American Economic Review* 57(3), 415-426.
- Baumol, William J. (2012). *The Cost Disease. Why Computers Get Cheaper and Health Care Doesn't*, with contributions by David de Ferranti, Monte Malach, Ariel Pablos-Méndez, Hilary Tabish und Lilian Gomory Wu, New Haven – London: Yale University Press.
- Becker-Schmidt, Regina (2011). 'Verwahrloste Fürsorge' – ein Krisenherd gesellschaftlicher Reproduktion. Zivilisationskritische Anmerkungen zur ökonomischen, sozialstaatlichen und sozialkulturellen Vernachlässigung von Praxen im Feld 'care work', in: *Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* 3/11, 9-23.
- Benería, Lourdes (2008). The Crisis of Care, International Migration, and Public Policy, in: *Feminist Economics* 14(3), 1-21.
- Benería, Lourdes (2010). Globalization, Women's Work, and Care Needs. The Urgency of Reconciliation Policies, in: *North Carolina Law Review* 88, 1501-1525.
- Esplen, Emily (2009). *Gender and Care. Overview Report*, Cutting Edge Pack Series, Institute of Development Studies.
- Donath, Susan (2000). The Other Economy. A Suggestion for a Distinctively Feminist Economics, in: *Feminist Economics* 6(1), 115-123.
- Etzioni, Amitai (1993). *The Parenting Deficit*, London: DEMOS.
- Floro, Maria S. (2012). *The Crisis of Environment and Social Reproduction: Understanding their Linkages*, Paper: <http://www.american.edu/cas/economics/pdf/upload/2012-4.pdf>.
- Fraser, Nancy (1997). *Critical Reflections on the 'Postsocialist' Condition*, New York – London: Routledge, 41-66.

- Geissler, Birgit (2002). Die Dienstleistungslücke im Haushalt. Der neue Bedarf nach Dienstleistungen und die Handlungslogik der privaten Arbeit, in: Claudia Gather, Birgit Geissler und Maria S. Rerrich (Hg.): *Weltmarkt Privathaushalt. Bezahlte Haushaltsarbeit im globalen Wandel* (30-49), Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Glenn, Evelyn Nakano (2010). *Forced to Care. Coercion and Caregiving in America*, Cambridge MA: Harvard University Press.
- Greuter, Susy und Sarah Schilliger (2009). 'Ein Engel aus Polen': Globalisierter Arbeitsmarkt im Privathaushalt von Pflegebedürftigen, in: *Denknetz Jahrbuch 2009*, 151-163.
- Hochschild, Arlie R. (2000). Global Care Chains and Emotional Surplus Value, in: Anthony Giddens und Will Hutton (eds.): *On the Edge. Living with Global Capitalism* (130-146), London: Jonathan Cape.
- Isaksen, Lise Widding, Sambasivan Uma Devi und Arlie Russell Hochschild (2008). Global Care Crisis: A Problem of Capital, Care Chain, or Commons? in: *American Behavioural Scientist* 52(3), 405-425.
- Jürgens, Kerstin (2010). Deutschland in der Reproduktionskrise, in: *Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft* 38(4), 559-587.
- Jurczyk, Karin (2010). Care in der Krise? Neue Fragen zu familialer Arbeit, in: Ursula Aplitzsch und Marianne Schmidbaur (Hg.): *Care und Migration. Die Ent-Sorgung menschlicher Reproduktionsarbeit entlang von Geschlechter- und Armutsgrenzen* (59-76), Opladen u.a.: Verlag Barbara Budrich.
- Kittay, Eva Feder (2005). Dependency, Difference and the Global Ethic of Longterm Care, with Bruce Jennings and Angela A. Wasunna, in: *The Journal of Political Philosophy* 13(4), 443-469.
- Knobloch, Ulrike (2007). Begründung und Formulierung sozialökonomischer Grundrechte aus genderbewusster Perspektive, in: Johannes Hirata und Peter Ulrich (Hg.): *Auf dem Weg zu universalen Wirtschaftsbürgerrechten. Die Chancen einer rechtebasierten Sozialethik für eine interkulturelle Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* (61-67), Berichte des Instituts für Wirtschaftsethik 109, St. Gallen.
- Knobloch, Ulrike (2013a). Versorgen – Fürsorgen – Vorsorgen. Normative Grundlagen einer Sorgeökonomie als allgemeine Wirtschaftstheorie und die Ethik des Vorsorgenden Wirtschaftens, in: Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften (Hg.): *Wege Vorsorgenden Wirtschaftens* (17-38), Marburg: Metropolis 2013.
- Knobloch, Ulrike (2013b). Geschlechterverhältnisse in Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, in: *Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik*, Heft 62: Care, Krise und Geschlecht, 60-65.
- Madörin, Mascha (2006). Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie, in: Torsten Niechoj und Marco Tullney (Hg.): *Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie* (277-297), Marburg: Metropolis-Verlag.

- Nussbaum, Martha (2000). *Women and Human Development. The Capabilities Approach*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Orozco, Amaia Pérez (2009a). Global Perspectives on the Social Organization of Care in Times of Crisis: Assessing the Situation, Gender, *Migration and Development Working Paper 5*, Santo Domingo: UN-INSTRAW.
- Orozco, Amaia Pérez (2009b). Global Care Chains, *Gender, Migration and Development Working Paper 2*, Santo Domingo: INSTRAW.
- Parreñas, Rhacel Salazar (2000). The Care Crisis in the Philippines: Children and Transnational Families in the New Global Economy, in: Barbara Ehrenreich und Arlie R. Hochschild (eds.): *Global Women: Nannies, Maids and Sex Workers in the New Economy* (39-54), London: Granta.
- Phillips, Susan S. und Patricia Benner (eds.) (1994). *The Crisis of Care. Affirming and Restoring Caring Practices in the Helping Professions*, Washington DC: Georgetown University Press.
- Precarias a la deriva (2011). 'Was ist dein Streik?' Militante Streifzüge durch die Kreisläufe der Prekarität, Wien – Berlin: Verlag Turia + Kant.
- Razavi, Shahra (2007). The Political and Social Economy of Care in a Development Context. Conceptual Issues, Research Questions and Policy Options, Geneva: UN-RISD.
- Razavi, Shahra und Silke Staab (2008). *The Social and Political Economy of Care: Contesting Gender and Class Inequalities*. Paper prepared for Expert Group Meeting on 'Equal sharing of responsibilities between women and men, including care-giving in the context of HIV/AIDS', United Nations Office at Geneva, 6-9 October, 2008.
- Simonazzi, Annamaria (2008). Care Regimes and National Employment Models, in: *Cambridge Journal of Economics* 33, 211-232.
- Staab, Silke (2009). Familien, Frauen und 'Freiwillige': Die Grenzen unbezahlter Sorgearbeit im entwicklungspolitischen Kontext, in: *Peripherie*, Nr. 114/115, 194-214.
- Stiegler, Barbara (2009). Zur Care-Arbeit in Deutschland, in: Adelheid Biesecker, Gabriele Michalitsch, Sabine Reiner, Barbara Stiegler und Brigitte Young: *Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise* (27-31), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Thorne, Barrie (2004). The Crisis of Care, in: Ann C. Crouter und Alan Booth (eds.): *Work-Family Challenges for Low-Income Parents and Their Children* (165-178), Mahwah NJ: Lawrence Erlbaum Associates.
- Urdang, Stephanie (2006). The Care Economy: Gender and the Silent AIDS crisis in Southern Africa, in: *Journal of Southern African Studies* 32(1), 165-177.
- Wach, Heike (2009). Was haben Nahrungsmittelketten mit der Care-Krise zu tun? Eine feministische Annäherung auf der WIDE-Jahreskonferenz 'We Care' 2009, in: *Olympe. Feministische Arbeitshefte zur Politik*, Heft 30: Care Ökonomie, 52-59.

- Waerness, Kari (2009). Ethics of care, in: Peil, Jan und Staveren, Irene van (ed.): *Handbook of Economics and Ethics* (138-143), Cheltenham UK & Northampton MA: Edward Elgar.
- Wichterich, Christa (2003). *Femme global. Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral*, Hamburg: VSA-Verlag.
- Wichterich, Christa (2009). *gleich – gleicher – ungleich. Paradoxien und Perspektiven von Frauenrechten in der Globalisierung*, Sulzbach/ Taunus: Ulrike Helmer Verlag.
- Wichterich, Christa (2013). Haushaltsökonomien in der Krise, in: *Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik*, Heft 62: Care, Krise und Geschlecht, 66-72.
- WIDE (2009). *We Care! Feminist Responses to the Care Crisis*. A report of the WIDE Annual Conference 2009, Brussels: WIDE – Women in Development Europe.
- Winker, Gabriele (2011). Soziale Reproduktion in der Krise – Care Revolution als Perspektive, in: *Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften* 292, Heft 3, 333-344.
- Zimmerman, Mary K., Jacquelyn S. Litt und Christine E. Bose (eds.) (2006). *Global Dimensions of Gender and Carework*, Stanford University Press.

Zur Konstruktion der „Asylkrise“ und die Neustrukturierung des Asylbereichs

Jacqueline KALBERMATTER*

Die Idee der unkontrollierten Flüchtlingsströme und der scheinbar klaren Trennung zwischen „unechten“ und „echten“ Flüchtlingen hat in den politischen Diskussionen an Aktualität wieder zugenommen. Nicht zuletzt durch die laufende Revision des Asylgesetzes und der von Bund und Kantonen vorgeschlagenen Neustrukturierung des Asylbereichs, welche auch bei Nichtregierungs- und Menschenrechtsorganisationen auf eine breite Akzeptanz stösst. In diesem Zusammenhang wird denn auch von einer adäquaten und humanen Lösung der so genannten „Asylkrise“ gesprochen. Im vorliegenden Beitrag wird die Konstruktion der „Asylkrise“ diskutiert sowie deren Konsequenzen aufgezeigt. Ich schlage vor, diese in einen grösseren Kontext einzubetten und im Zusammenhang mit der „Krise der Versuche, die Migrationsbewegungen als steuerbare ‘Ströme’“ zu definieren, zu denken (Mezzadra 2007:180). Dies bedeutet erstens, sich vorerst vom Konkreten, sprich von der Konstruktion der Krise und deren politischen Bearbeitung, zu lösen. Da die Wahrnehmung der Migration als Ausdruck eines spezifischen Kräfteverhältnisses betrachtet werden kann (Tsianos 2010:23), lohnt es sich zu fragen, welche Akteure zentrale Kräfte der sozialen Auseinandersetzungen sind und welche „Deutungs-, Definitions- und Gestaltungsmacht“ (Müller 2010:146) ihnen zukommt. Erst vor diesem Hintergrund sollen zweitens die Konstruktion der „Asylkrise“ sowie deren politischen Bearbeitungsformen eingeordnet werden. Auf der Grundlage dieser Ausführungen ergeben sich schliesslich die Thesen, dass die Schaffung dieser Krise den Nährboden für Restriktionen im Asylbereich bildet, die Praxis der MigrantInnen unsichtbar macht und somit zentrale Probleme im Asylbereich unberücksichtigt bleiben.

Wahrnehmung und Konstruktion von Migrationsbewegungen

Migrationspolitik wird als Migrationsregime verstanden. Dieses ist nicht als Resultat einer konsistent verfolgten staatlichen Politik zu begreifen, sondern als ständiger Aushandlungsprozess zwischen unterschiedlichen Akteuren, namentlich auch den MigrantInnen selbst (Mezzadra 2007:183). Soziale Auseinandersetzungen münden „in immer wieder zu erneuernde (oder umzuwerfende) institutionelle Kompromisse“ (Tsianos 2010:23). Entscheidend bei der Betrachtung von Migrationspolitik ist, dass

* M.A. Jacqueline Kalbermatter ist Diplomassistentin am Studienbereich Soziologie, Sozialarbeit und Sozialpolitik der Universität Freiburg (CH). E-Mail: jacqueline.kalbermatter@unifr.ch

neben den historischen Veränderungen der Migrationsbewegungen auch die Durchsetzung einer bestimmten Wahrnehmung von Migration berücksichtigt wird. Es wandeln sich „alle Elemente des Migrationsregimes und des sozialen Kompromisses“ (Karakayali 2008:51). Die dominierenden Vorstellungen prägen nicht nur die administrative Verwaltung von Migration, sondern schlagen sich schliesslich auch auf die Migrationsbewegungen selbst nieder. Die Konstruktion der Migration ist dabei elementar:

„[...] the idea of a ‘migration regime’ helps to stress the interdependence of observation and action. Migration regimes are rooted both in ways of observing and acting. The overall structure of the migration will determine how flows – regardless of their ‘true’ nature – will be observed and acted upon. Similar flows will be observed very differently within different regimes. Differential treatments will feed back in different ways of observing“ (Sciortino 2004:32).

Ein Blick auf die Geschichte der Schweizer Migrationspolitik verdeutlicht, dass diese stets geprägt war durch das Austarieren von ökonomischen Interessen in bestimmten Wirtschaftsbranchen und immer wieder aufkommenden fremdenfeindlichen Tendenzen (Mahnig und Piguet 2003; Maiolino 2012). Zwei Elemente der Migrationspolitik können herausgeschält werden, welche für das Verständnis der Konstruktion der „Asylkrise“ wesentlich sind: Erstens ist das dominierende Bild in der Migrationspolitik, dass Migrationsbewegungen regulierbar sind und eine planvolle Migrationssteuerung nötig ist. Ergebnis dieser Idee der strategischen Planung und utilitaristischen Ausrichtung ist die Kategorisierung und Hierarchisierung von MigrantInnen. Diese geschieht über die Produktion von unterschiedlichen Aufenthaltsstatus (vgl. Müller 2010). So unterscheidet das duale Zulassungssystem der Schweiz zwischen Zulassungs- und Aufenthaltsbedingungen für Personen aus Staaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) und Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA-Staaten) sowie Personen aus Nicht-EG-Staaten und Nicht-EFTA-Staaten, so genannte „Drittstaatsangehörige“.

Zweitens ist die Unterscheidung zwischen Arbeitsmigration und Flucht nicht etwa in die Natur der Migrationsbewegungen eingeschrieben, sondern als Resultat der ökonomischen Ausrichtung der Migrationspolitik auf der einen Seite und der in den 1970er zunehmenden politischen Anerkennung der Schutzbedürftigkeit von MigrantInnen auf der anderen Seite (vgl. Piguet 2006:88-89) zu lesen. Diese Unterscheidung wurde formalisiert, indem das Asylrecht – das bis dahin aus einem einzigen Artikel im Gesetz von 1931 über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer bestand – eine eigene gesetzliche Basis erhielt: 1981 trat in der Schweiz das erste Asylgesetz in Kraft (Piguet 2006:96). Dabei wird die Erwerbstätigkeit von Personen aus dem Asylbereich nicht als eigentlicher Zweck des Aufenthalts, sondern als „Folgeeffekt“ verstanden (vgl. Kuster und Cavelti 2004:260). Das Asylgesetz regelt demnach „die Asylgewährung und Rechtstellung der Flüchtlinge in der Schweiz“ sowie „den vorübergehenden

Schutz von Schutzbedürftigen in der Schweiz und deren Rückkehr“ (Art. 1 Abs. 1 AsylG).

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass Migrationsbewegungen durch die Konstruktion rechtlicher Kategorien strukturiert wird. Migrationsgründe sind jedoch vielfältig und lassen sich nicht in jedem Fall in sozialstaatlichen Kategorien fassen. Die rechtlich abgestützte Kategorisierung und Hierarchisierung der MigrantInnen ist Ergebnis sozialer Kräfteverhältnisse und führt dazu, dass für Personen aus „Drittstaaten“ praktisch nur der Weg über das Asylrecht offen bleibt und irreguläre Migration erst dadurch produziert wird.

Die Schaffung der „Asylkrise“

Die Schaffung der „Asylkrise“ ist nicht ein neues Phänomen, sondern kommt seit den 1980ern in der Schweizer Asylpolitik immer wieder auf (vgl. Piguet 2006). Verdeutlicht wird dies in der Tatsache, dass bereits das Asylgesetz von 1981 Antwort auf die „erste Asylkrise“ war (Piguet 2006:96). Dies bedeutet denn auch, dass die Konstruktion von „Asylkrisen“ nicht unabhängig von ihrer Historizität verstanden werden kann. Die Produktion der aktuellen Krise bietet die Grundlage dazu, die Implementierungsprozesse der Neustrukturierung der Asylpolitik und die damit einhergehende Restriktion und Repression gegenüber Personen im Asylbereich zu legitimieren. Zwei Elemente sind dabei grundlegend.

Erstens wird in politischen Debatten als Folge der Idee der Regulierbarkeit von Migration von Flüchtlingsströmen und der explosionsartigen Zunahme von Asylanträgen gesprochen. Ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass im Jahr 2012 28'631 Personen einen Asylantrag gestellt haben – 6'080 Gesuche mehr als im Vorjahr (BFM 2013:3). Ausschlaggebend ist bei dieser Vorstellung nicht etwa die tatsächliche Zahl der Gesuchseingänge, sondern vielmehr die Überzeugung, dass Migration stabilisiert und durch die Messung von Migrationsbewegungen kontrolliert werden kann (vgl. Karakayali 2007:39-41).

Zweitens mündet die (institutionalisierte) Unterscheidung zwischen Arbeitsmigration und Flucht in die scheinbar klare Aufteilung zwischen „echten“ und „unechten“ Flüchtlingen. Die institutionelle Basis ist dabei nicht nur das Schweizer Ausländer- und Asylrecht, sondern auch die UNO-Konvention von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, welche von der Schweiz drei Jahre danach ratifiziert wurde. Dabei orientiert sich auch das Schweizer Asylgesetz an der Definition des Flüchtlingsbegriffs in der UNO-Konvention, wonach eine Person als Flüchtling definiert wird, wenn sie eine „begründete Furcht vor Verfolgung“ hat (vgl. Piguet 2006:88). Als wesentlicher Bestandteil der Konstruktion der „Asylkrise“ ist die binäre Struktur hervorzuheben (vgl. Karakayali 2008:246-25): Migration wird aufgeteilt in Täter und Opfer, Missbrauchende und Schutzbedürftige, „unwürdige“ und „würdige“ Flüchtlin-

ge. Dies schlägt sich auch in der Kriminalisierung und Viktimisierung der MigrantInnen nieder (vgl. Andrijašević 2007; Karakayali 2008). Im Wesentlichen wird mit diesen Unterscheidungen darauf rekuriert, die Regulierung und Strukturierung der Migration zu stärken und durch diese Selektierungsprozesse eine „glaubwürdige“ Asylpolitik gegenüber der Öffentlichkeit zu realisieren. Diese Unterscheidungen werden als Raster von trennscharfen Kategorien gehandelt, in welche sich ausnahmslos alle MigrantInnen einteilen lassen. Auf der Basis eines „rechtsstaatlich und korrekt und fair“ durchgeführten Asylverfahrens, so die Annahme, können alle MigrantInnen in die binäre Struktur eingepasst werden (BFM 2012:3). Dabei sind humanistische und menschenrechtliche Argumentationen wesentliche Pfeiler zur Legitimierung der Politik. Hervorgehoben wird die Schutzbedürftigkeit von Opfern, um zu betonen, dass „tatsächlich verfolgten Personen weiterhin in der Schweiz vollumfänglich Schutz geleistet wird“ (BFM 2012:3), gleichzeitig aber eine Abnahme der „unbegründeten“ Asylgesuche, so die Hoffnung, einsetzen wird (BFM 2012:18).

Die Humanisierung der Implementierungsprozesse

Als zentrales Element der europäischen und Schweizer Migrationspolitik kann die Harmonisierung der Politik bezeichnet werden, welche durch eine „Transformation im Modus des Politischen“ (Andrijašević et al. 2005:348) begleitet wird. Das bedeutet, dass neben der EU-Kommission und den Mitgliedstaaten verschiedene informelle Gremien und intergouvernementale sowie nicht-staatliche Institutionen als Akteure der Europäisierungspolitik fungieren. Beispiele sind das UNHCR (das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen) und die IOM (International Organization for Migration) (Andrijašević et al. 2005:348). Diese Tendenz zum stärkeren Einbezug von nicht-staatlichen Organisationen – welche als NGOisierung der Politik bezeichnet werden kann – ist ein entscheidendes Merkmal der weltweiten Entwicklung der Migrationspolitik (Hess und Karakayali 2007:49) und lässt sich auch im Hinblick auf die Implementierungsprozesse der Neustrukturierung des Asylbereichs in der Schweiz beobachten.

Wesentliches Element der Neustrukturierung ist die Verfahrensbeschleunigung. Neuerungen für das Umsetzungskonzept der Beschleunigungsmassnahmen ergeben sich in der Ausgestaltung des erst- und zweitinstanzlichen Verfahrens, Rechtsschutz, Unterbringung, Rückkehrberatung sowie Vollzug von Wegweisungen und Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (BFM 2012:4-5). Die Verfahrensbeschleunigung soll erzielt werden, indem „die wichtigsten Akteure am gleichen Ort“ (Asylsuchende, erstinstanzliche Behörden, Rechtsberatung, Rückkehrberatung, Vollzugsbehörden, Sicherheit, medizinisches Personal, Spezialisten für die Dokumentenprüfung, Eurodac und Länderdokumentation) komprimiert werden (BFM 2012:5;11). Zu diesem Zweck werden grosse Lager für Asylsuchende geschaffen, welche allenfalls beglei-

tet werden durch Warte- und Ausreiselager sowie spezielle Lager für renitente Asylsuchende (BFM 2012:5).

Dabei bietet gerade die Schaffung der Krise die Grundlage für Restriktionen, welche sich nicht nur in der Einrichtung von grossen Lagern und der Beschleunigung der Verfahrensdauer, sondern auch in der Verstärkung der Repression äussern. Als repressive Massnahmen sind vorgesehen: Erhöhung der Polizeipräsenz in Zentrumsnähe, Schaffung neuer Haftplätze für die Administrativhaft, „spürbarer“ Übergang in die Nothilfe, Inbetriebnahme von Lagern für renitente Asylsuchende, konsequente Umsetzung von Zwangsmassnahmen gegen Asylsuchende, welche die öffentliche Sicherheit gefährden und strafrechtliche Sanktionsmöglichkeiten bei StraftäterInnen (vgl. BFM 2012:9-12). Darüber hinaus sollen auch Rückkehrberatung und Rückkehrhilfe frühzeitig und gezielt zum Einsatz kommen, um „dadurch die freiwillige Rückkehr“ zu fördern (BGM 2012:13). Diese sozialpolitische Bearbeitung der „Asylkrise“ basiert im Wesentlichen auf der Idee der „Humanisierung“ der Asylpolitik und der Trennung zwischen „echten“ und „unechten“ Flüchtlingen. Dies zeigt sich auch dadurch, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure die Beschleunigung der Verfahren mit „fairen“ Verfahren verbinden und die Neustrukturierung mit der Stärkung des Rechtsschutzes legitimieren (vgl. SFH 2013). So soll im Rahmen von flankierenden Massnahmen zur Verfahrensbeschleunigung ein „Anspruch auf eine kostenlose Rechtsberatung und -vertretung für mittellose Asylsuchende im ordentlichen Verfahren“ und bei den Dublin-Verfahren und teilweise auch beim erweiterten Verfahren¹ vorhanden sein (BFM 2012:13).

Als wichtiges Medium für die Implementierungsprozesse fungiert – wie auch in der EU-Politik in Vorbereitungsphasen eingesetzt wird – „die dialogische Praxis von Seminaren und Konferenzen“ (Hess und Karakayali 2007:49). Unter dem Stichwort „Wege zu einer glaubwürdigeren Asylpolitik“ diskutierten VertreterInnen aus Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft im Januar dieses Jahres im Rahmen des fünften Asylsymposiums über sozialpolitische Bearbeitungsformen der „Asylkrise“. Die Idee der demokratischen Legitimierung als zentraler Pfeiler der Politik verdeutlicht denn auch, dass die staatliche Politik auf die Zustimmung und Mitverwaltung der zivilgesellschaftlichen Akteure angewiesen ist (vgl. Hess und Karakayali 2007:49). Im Kern geht es dabei darum, „politisches und diskursives Terrain“ zu schaffen (Hess und Karakayali 2007:49), welches die Implementierung der Unterbringungspolitik humanisiert und ermöglicht.

¹ Ein ordentliches Verfahren wird bei Asylgesuchen angewendet „bei denen nach der Anhörung keine weiteren Abklärungen notwendig sind“. Ein erweitertes Verfahren „kommt insbesondere bei Asylgesuchen zur Anwendung, bei denen nach der Anhörung oder im Rahmen des Beschwerdeverfahrens nicht sofort entschieden werden kann, da weitere Abklärungen notwendig sind“ (BFM 2012:6).

Fazit: Die „Asylkrise“ und die Unsichtbarkeit der Praxis der MigrantInnen

Die Konstruktion der Asylkrise kann als Ausgangspunkt zur Legitimierung der stärkeren „Regulierung“ des Asylbereichs gelesen werden. Dies drückt sich einerseits in der „konsequenteren“ Anwendung der Selektionsprozesse und die Unterscheidung zwischen „echten“ und „unechten“ Flüchtlingen, andererseits in der Beschleunigung und Intensivierung der Rückführungsprozesse aus. Diese Politik zielt darauf ab, die Krise der Kontrollierbarkeit der Migrationsbewegungen zu überwinden – blendet dabei aber die soziale Realität der Migrationsbewegungen und die sozialen Verhältnisse, innerhalb derer Menschen migrieren, aus. Die Trennung zwischen Flucht und Arbeitsmigration ist als politische Konstruktion zu verstehen, welche die empirische Wirklichkeit nicht zu fassen vermag (vgl. Karakayali 2008:168). Im Gegenteil bilden gerade die aufenthaltsrechtlichen Unsicherheiten im Asylbereich die Basis für den Einsatz von billigen und flexiblen Arbeitskräften in Niedriglohnbranchen (vgl. Piguet und Ravel 2002).

Schliesslich ist zu betonen, dass MigrantInnen nicht eine formbare Materie darstellen, sondern als wichtige Akteure im sozialpolitischen Feld der Migration zu betrachten sind, da sie mit ihrer Praxis stets auch das Migrationsregime beeinflussen. Migrationspolitik wird nicht einseitig angewendet, sondern ist immer auch konfrontiert mit Bewegungen, Gewohnheiten, Organisationen und Communities (Moulier Boutang 2007:170). Durch die Kriminalisierung und Viktimisierung wird diese Praxis der MigrantInnen aber unsichtbar gemacht (vgl. Karakayali 2008:248). Dabei ist festzuhalten, dass gesellschaftlich organisierte Unsichtbarkeit zwar nicht gleich Passivität ist (Moulier Boutang 2007:170), dennoch bleibt unberücksichtigt, dass die prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen, mit denen sich Personen im Asylbereich konfrontiert sehen, unter anderem auf die aufenthaltsrechtlichen Bedingungen zurückzuführen sind (Achermann und Chimienti 2006; Efnonayi-Mäder und Piguet 1997; Kamm, et al. 2003).

Literatur

- Achermann, Christin, Milena Chimienti und unter Mitarbeit von Fabienne Stants (2006). *Migration, Prekarität und Gesundheit*. Neuchâtel: Schweizerisches Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien.
- Andrijašević, Rutvica (2007). Das zur Schau gestellte Elend. Gender, Migration und Repräsentation in Kampagnen gegen Menschenhandel. In: Transit Migration Forschungsgruppe (Hg). *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas* (121-140). Bielefeld: transcript Verlag.

- Andrijašević, Rutvica, Manuela Bojadžijev, Sabine Hess, Serhat Karakayali, Efthimia Panagiotidis und Vassilis Tsianos (2005). Turbulente Ränder. Konturen eines neuen Migrationsregimes im Südosten Europas. In: *PROKLA*, 35(3), 345-362.
- Asylgesetz AsylG (1998). 142.31, Stand am 01.01.2008.
- Bundesamt für Migration (BFM) (2012). *Schlussbericht Arbeitsgruppe Bund / Kantone. Neustrukturierung des Asylbereichs. Umsetzung Beschleunigungsmassnahmen im Asylbereich*. Veröffentlichter Bericht. Bundesamt für Migration, Bern. Zugriff am 07.12.2012 auf <http://www.bfm.admin.ch/content/dam/data/migration/rechtsgrundlagen/gesetzgebung/asylg-aug/ersatz-nee/schlussber-neustruktur-asyl-d.pdf>.
- Bundesamt für Migration (BFM) (2013). *Asylstatistik 2012*. Veröffentlichter Bericht. Bundesamt für Migration, Bern. Zugriff am 18.01.2013 auf <http://www.bfm.admin.ch/content/dam/data/migration/statistik/asylstatistik/jahr/2012/stat-jahr-2012-kommentar-d.pdf>.
- Efionayi-Mäder, Denise und Etienne Piguet (1997). *Nationale Unterschiede in der Arbeitsintegration von Asylsuchenden. Bericht zur Phase III des Forschungsprojektes "Flüchtlinge und Arbeitsintegration"*. Forschungsbericht No.8. Schweizerisches Forum für Migrationsstudien, Neuchâtel.
- Hess, Sabine und Serhat Karakayali (2007). New Governance oder die imperiale Kunst des Regierens. Asyldiskurs und Menschenrechtsdispositiv im neuen EU-Migrationsmanagement. In: Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.). *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas* (39-56). Bielefeld: transcript Verlag.
- Kamm, Martina, Denise Efionayi-Mäder, Anna Neubauer, Philippe Wanner, Fabienne Zanol und unter Mitarbeit von Annika Fauck (2003). *Aufgenommen, aber ausgeschlossen? Die vorläufige Aufnahme in der Schweiz*. Forschungsbericht. Schweizerisches Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien, Bern.
- Karakayali, Serhat (2008). *Gespenster der Migration. Zur Genealogie illegaler Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Kuster, Jürg und Guido Cavelti (2004). Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte: Die Bedeutung ausländer- und asylrechtlicher Bestimmungen. In: Wicker, Hans-Rudolf, Rosita Fibbi und Werner Haug (Hg.). *Migration und die Schweiz. Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogramms "Migrations und interkulturelle Beziehungen"* (259-274). Zürich: Seismo.
- Mahnig, Hans und Etienne Piguet (2003). Die Immigrationspolitik der Schweiz von 1948 bis 1998: Entwicklung und Auswirkungen. In: Wicker, Hans-Rudolf, Rosita Fibbi und Werner Haug (Hg.). *Migration und die Schweiz. Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogramms "Migrations und interkulturelle Beziehungen"*. *Migration und die Schweiz* (65-108). Zürich: Seismo.
- Maiolino, Angelo (2012). *Als die Italiener noch Tschinggen waren. Der Widerstand gegen die Schwarzenbach-Initiative*. Zürich: Rotpunktverlag.

- Mezzadra, Sandro (2007). Kapitalismus, Migrationen, soziale Kämpfe. Vorbemerkungen zu einer Theorie der Autonomie der Migration. In: Marianne Pieper, Thomas Atzert, Serhat Karakayali und Vassilis Tsianos. *Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri* (179-194). Frankfurt am Main: Campus Verlag GmbH.
- Moulier Boutang, Yann (2007). Europa, Autonomie der Migration, Biopolitik. In: Pieper, Marianne, Thomas Atzert, Serhat Karakayali und Vassilis Tsianos (Hg.). *Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri* (169-178). Frankfurt: Campus Verlag.
- Müller, Doreen (2010). *Flucht und Asyl in europäischen Migrationsregimen. Metamorphosen einer umkämpften Kategorie am Beispiel der EU, Deutschlands und Polens*. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen.
- Piguet, Etienne (2004). *Einwanderungsland Schweiz. Fünf Jahrzehnte halb geöffnete Grenzen*. Bern: Haupt Verlag.
- Piguet, Etienne und Jean-Hugues Ravel (2002). Les demandeurs d'asile sur le marché du travail suisse 1996-2000. Rapport de recherche Nr. 19. Schweizerisches Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien, Neuchâtel.
- Schweizerische Flüchtlingshilfe (2013). Medienmitteilung. Wende in der Asylpolitik eingeläutet. Schweizerische Flüchtlingshilfe, Bern. Zugriff am 01.02.2013 auf <http://www.fluechtlingshilfe.ch/news/medienmitteilungen/wende-in-der-asylpolitik-eingelaetet>.
- Sciortino, Giuseppe (2004). Between Phantoms and Necessary Evils. Some Critical Points in the Study of Irregular Migrations to Western Europe. In: Anita Böcker, Betty de Hart & Ines Michalowski (Hg.). *Migration and the Regulation of Social Integration*. IMIS-Beiträge, Heft 24, 17-24.
- Tsianos, Vassilis (2010). Zur Genealogie und Praxis des Migrationsregimes. Bildpunkt. In: Zeitschrift der IG bildende Kunst, Frühling, 22-24.

Konversion als Krisenbewältigung? Reflexionen aus empirischer Warte

Amir SHEIKHZADEGAN*

Das Postulat, wonach Konversionen – im Sinne des Übertritts von einem religiösen Glaubenssystem in ein anderes¹ – eine Folge biographischer Krisen sind, hat in der Sozialtheorie eine lange Tradition.² Während in handlungstheoretischen Ansätzen der Fokus auf subjektiven Krisenerfahrungen von Konvertiten liegt³, schlägt der Religionssoziologe Martin Riesebrodt (2007) in seiner viel beachteten Monographie „Cultus und Heilsversprechen: Eine Theorie der Religionen“ einen anderen Weg ein: Er richtet sein Augenmerk auf die Religion selbst und postuliert die These, wonach „Religion auf der Kommunikation mit übermenschlichen Mächten beruht und sich mit der Abwehr von Unheil, der Bewältigung von Krisen und Stiftung von Heil befasst“ (Riesebrodt 2007:236). Aus diesem Blickwinkel heraus analysiert er Konversionserzählungen mehrerer Weltreligionen und kommt zum Schluss, dass solche Narrative als Selbstdarstellung der Religionen zu Propaganda-Zwecken zu verstehen sind (Riesebrodt 2007: 217). Da „Krisenrhetorik“ häufig „Konversionskripten“ entstamme, könne man, so Riesebrodt, aus solchen Narrativen nicht auf tatsächliche Krisen schliessen (Riesebrodt 2007:216).

Im vorliegenden Beitrag wird anhand narrativ-biographischer Interviews der Frage nachgegangen, ob bei den Aussagen der befragten Konvertiten Krisenerfahrungen erkennbar sind. Die Daten beruhen auf Teilergebnissen einer vom Schweizerischen Nationalfonds finanzierten Forschung über multiple Identitäten von Musliminnen und Muslimen in der Schweiz.⁴ Um dem oben erwähnten methodischen Bedenken Riesebrodts bezüglich der Krisenrhetorik Rechnung zu tragen, wurde bei der Auswer-

* Dr. Amir Sheikhzadegan ist Doktorassistent am Studienbereich Soziologie, Sozialarbeit und Sozialpolitik der Universität Freiburg (CH). E-Mail: amir.sheikhzadegan@unifr.ch

¹ Für eine soziologische Diskussion des Begriffs „Konversion“ siehe Blasi (2009).

² Für eine kurze Übersicht über diese Forschungstradition siehe Riesebrodt (2007:215). Für einen kurzen Überblick über soziologische Konversionsforschung im Allgemeinen siehe Giordan (2009).

³ Der Kürze halber sei hier auf zwei solche Ansätze hingewiesen: Zum einen führen Lofland und Stark (1965) das Erleben von akuten und lange anhaltenden Spannungen als die erste der sieben Bedingungen einer Konversion an. Zum anderen sieht Wohlrab-Sahr (1999) die Konversion als „symbolische Transformation krisenhafter biographischer Erfahrung“.

⁴ Die Studie mit dem Titel „Freiwillige Assoziationen, multiple Identitäten und Toleranz. Eine Rekonstruktion narrativer Identitäten von Assoziationsmitgliedern mit besonderer Berücksichtigung von MuslimInnen in der Schweiz“ läuft seit dem Januar 2012 im Studienbereich Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit der Universität Freiburg (CH).

tung der erhobenen Daten darauf geachtet, Hinweise auf subjektiv erfahrene Krisen von Erzählungen, welche „Konversionsskripten“ entstammen könnten, zu trennen.

Bevor ich nun zur Darstellung der ausgewerteten Daten übergehe, möchte ich eine begriffliche Präzisierung vorausschicken.

Wenn hier von Konversion die Rede ist, dann nur im Sinne einer *spirituellen Transformation* – also Wandel in der Glaubensvorstellung. Konversionen, bei denen keine ideelle Veränderung beim Konvertiten einsetzen, wie etwa erzwungene Konversionen oder Bekehrungen aus pragmatischen Gründen⁵, werden also ausgeschlossen.

Nun eine skizzenförmige Beschreibung der untersuchten Fälle.

Fall 1: Urs (30)

Urs berichtet von einer schwierigen Jugendzeit. Der Grund dafür scheint in der Familie zu liegen. Die Mutter lässt sich vom Vater, der mit Suchtproblemen kämpft, scheiden. Sie gibt Urs in eine Pflegefamilie und wandert ins Ausland aus. Urs findet Halt in der neuen Familie, die streng religiös ist: Seine Pflegeeltern sind puritanische Protestanten und Anhänger einer Freikirche. Er genießt das warme Familienleben und praktiziert zusammen mit der Familie christliche Rituale. Für den religionsfern erzogenen jungen Mann ist sein neues Leben als disziplinierter, praktizierender Christ eine faszinierende Erfahrung. Nach einer Weile verlässt Urs die Familie und zieht zur Mutter ins Ausland. Das familiäre, religiöse Leben des Teenagers macht nun Platz für ein freizügiges, jugendliches Leben.

Nach der Rückkehr in die Schweiz schliesst Urs sich zunächst einer konservativen politischen Strömung an, die sich der Heimatliebe verschrieben hat. Später wird er auf die Palästina-Frage sensibilisiert:

„Das hat mir einfach eine Form von Ungerechtigkeit vor Augen geführt. [...] [der] Westen, der seinerseits sonst immer von Menschenrechten, Freiheitsrechten und Gerechtigkeit spricht in seiner Rhetorik [...] Ist das nur Heuchelei? [...] Sind all die Ideale nichts mehr wert? Darf man da einfach die Augen verschliessen?“

Insbesondere scheint die Bombardierung eines mit DEZA-Mitteln gebauten Flughafens in den besetzten Gebieten durch die israelische Armee 2001 eine einschneidende Auswirkung auf ihn auszuüben (*„ist mir der Kragen geplatzt“*). So setzt er sich für die Sache der Palästinenser ein und reist für eine Weile nach Gazastreifen. Die Gastfreundschaft der Palästinenser, ihre menschliche Wärme und ihre solidarische Lebensweise faszinieren ihn:

„Das hat mich dermassen beeindruckt. Das war mir sogar peinlich am Anfang, nicht? Wie das passieren kann!? Wie kann man sozusagen den Gast so überhöhen und ihm eigentlich mehr geben als sich selbst gönnen!?“

⁵ Auf Konversion aus pragmatischen Gründen haben bereits Richardson und Stewart (1977) hingewiesen.

Er führt die Gastfreundschaft der Palästinenser auf islamische Prinzipien zurück. Er ist aber auch davon begeistert, dass der Islam eine lebendige, gemeinschaftsorientierte Religion ist, die den Alltag der Gläubigen durchdringt. Da er den Glauben an Gott nicht aufgegeben hat, fällt ihm der Anschluss an den Islam leichter:

„Das hat mich sehr beeindruckt. Sagte ich mir, den Glauben habe ich ja schon, es fehlt mit nur das normative Gebäude, das mir Rechtleitung gibt im Leben [...]“.

Er konvertiert mit 21 zum Islam und wird zu einem streng praktizierenden Muslim, der die Kultpraxis ins Zentrum seines Lebens stellt:

„Ich will eigentlich eine konsequente Glaubenspraxis, [...] dass die Kultpraxis im Zentrum steht, dass das Religiöse, der Glaube an Gott, im Zentrum steht und die Welt sich darum herum organisiert“.

Von nun an widmet sich Urs der Sache der Musliminnen und Muslime in der Schweiz wie auch im Ausland.

Fall 2: Thomas (28)

Auch in der biographischen Erzählung von Thomas fällt eine turbulente Jugend auf. Ab der 6-ten Klasse wendet er sich zunehmend vom Schulbetrieb ab und begibt sich immer mehr in eine Jugendszene, die durch einen unkonformen, sinnlichen Lebensstil geprägt ist:

„Dort bin ich sehr tief rein geraten und das hatte zur Folge, dass man auch vieles getan hat, dass nicht unbedingt dem entspricht, was man eigentlich tun sollte – gelinde ausgedrückt. Das war eine für mich eigentlich turbulente Zeit“.

Mit der Zeit setzen allerdings Routine und Langeweile ein. So beginnt er, sich über den Sinn des Lebens Gedanken zu machen (*„Was macht das überhaupt alles da für einen Sinn, ja?“*). Da sein Vater – aus einer streng katholischen Familie kommend – sich vom Katholizismus ab- und zum Buddhismus zugewandt hat, beginnt auch Thomas sich mit anderen Religionen, vor allem aber mit Mystizismus, auseinanderzusetzen. Es ist in dieser Phase (*„philosophische Welle“*), dass Thomas durch einen Hinweis eines muslimischen Kollegen auf den Islam aufmerksam wird. Er erhält auch einen Koran auf Französisch. In einigen der Koran-Verse findet er eine grosse Übereinstimmung mit seiner Gedankenwelt.

Als er einmal auf die Anfrage seiner deutschsprachigen muslimischen Kollegen hin die Predigt eines frankophonen Imams für sie dolmetscht, entscheidet er sich spontan zur Konversion zum Islam (*„Eine Entscheidung, die mich glücklich gemacht hat“*). Die Konversion stachelt den 16-jährigen zu intensiven Recherchen über den Islam an. Je tiefer Thomas sich mit seiner neuen Religion auseinandersetzt, desto grösser wird seine Faszination dafür. So entwickelt er sich zu einem streng gläubigen und praktizierenden Muslim, für welchen Religion den Mittelpunkt des Lebens ausmacht. Motiviert durch diesen Sinneswandel holt Thomas die Matura nach und be-

ginnt, an der Universität Islamwissenschaft zu studieren. Zudem wird er zu einem aktiven Mitglied einer dynamischen islamischen Vereinigung.

Fall 3: Vincent (34)

Vincent ist ein in der Romandie lebender Deutschschweizer. Er stammt zwar aus einer katholischen Familie. Gewissen katholischen Doktrinen, allen voran der Erbsünde, steht er aber sehr kritisch gegenüber.

Seine erste, nähere Begegnung mit dem Islam erfolgt durch einen ägyptischen Einwanderer, der eine Kollegin von ihm geheiratet hat. Da der Ägypter kein Französisch sprechen kann und zudem sich mit den hiesigen Verhältnissen nicht auskennt, versucht Vincent ihm bei der Bewältigung des Alltags auf der Seite zu stehen und wird bald zu seiner Hauptansprechperson. Unter anderem hilft er ihm, eine Moschee zu finden, begleitet ihn zur Moschee und macht sogar im Kollektivgebet mit.

Animiert durch dieses Erlebnis macht Vincent während einem Sommer eine Reise in mehrere Nahostländer und lernt dabei die Offenheit und Gastfreundlichkeit von Musliminnen und Muslimen besonders schätzen.

Durch intensivere Kontakte zu muslimischen Einwanderern in der Schweiz geht Vincent eine Liebesbeziehung mit einer Nordafrikanerin ein. Dies verstärkt wiederum sein Interesse für den Islam und er beginnt mit einer umfassenden Lektüre über diese Religion.

Aus der Liebesbeziehung entsteht bald eine Ehe, die mit der Konversion Vincents zum Islam (im Alter von 27) einhergeht. Zwar erfolgt die Konversion auf den Wunsch der Frau hin. Die Entscheidung fällt aber Vincent, der sich ohnehin für diese Religion interessiert, nicht schwer. Der Konversion folgt eine noch intensivere Auseinandersetzung mit dem Islam. Seine Identifikation mit seinem neuen Glauben erhält aber erst dann klare Konturen, als er seine neue Identität durch die Medienkampagne der Befürworter der Anti-Minarett-Initiative bedroht sieht:

„Also ich sage immer, ich bin ein Produkt der Anti-Minarett-Initiative. [...] Als die Kampagne lief zur Anti-Minarett-Initiative, war ich selber ziemlich aufgewühlt [...] also ich empfinde mich als hundert Prozent Schweizer und hundert Prozent Muslim, und dann hat mich [das] [...] in meiner Identität gestört. Also in mir selber geht das perfekt zusammen. Weshalb soll das nicht zusammen gehen in der Gesellschaft? und es hat mich selber aufgewühlt [...]“.

Provoziert durch die Stigmatisierung des Islam entscheidet sich Vincent dafür, durch organisiertes Handeln sich für die Sache der Musliminnen und Muslime in der (West-)Schweiz einzusetzen.

Vergleichende Diskussion

Die oben skizzierten Biographien von Menschen mit christlichem Hintergrund, die sich zum Islam bekehrt haben, geben Einblicke in unterschiedliche Muster der spirituellen Transformation, welche in der einen oder anderen Art und Weise mit Krisenerfahrungen in Verbindung stehen.

Bei Thomas geht der Konversion eine anomische Zeit à la Durkheim (1983) – ein Zustand der Regel- und Orientierungslosigkeit – voraus. Ist sein Leben vor der Konversion ziellos und unstrukturiert, so beginnt er nach dem Übertritt zum Islam ein zielstrebiges, geordnetes Leben. Die Konversion bedeutet für Thomas aber auch eine weltanschauliche Neuorientierung nach einer merklichen *Sinnkrise*. Insofern kann seine Bekehrung zum Islam dem Typus „intellectual“ der Konversionstypologie⁶ von Lofland und Skonovd (1981) zugeordnet werden. Da der Konversion ein strukturierter, dem Islam gewidmeter Lebensstil folgt, sind hier aber auch Anzeichen eines Konversionstyps erkennbar, den Wohlrab-Sahr (1999) in Anlehnung an Max Weber als „Methodisierung der Lebensführung“ bezeichnet.⁷

Beim Übertritt von Urs zum Islam steht zunächst einmal die Vergemeinschaftung eines nach *Nestwärme einer Gemeinschaft* (Bauman 2009) sehnenen Jugendlichen im Vordergrund. Dies erklärt auch sein früheres Mitwirken bei der patriotisch orientierten politischen Strömung. Seine Bekehrung zum Islam folgt in diesem Fall also einer Art *Sozialitätskrise*. Zudem zeugt seine Sehnsucht nach einem „normativen Gebäude“, das ihm „Rechtleitung“⁸ geben würde, von einem anomischen Zustand im Durkheimschen Sinne vor der Konversion. Insofern kann auch hier – ähnlich wie bei Thomas - von einer Methodisierung der Lebensführung als Folge der Konversion die Rede sein. Desweiteren geht Urs aufgrund seiner Identifikation mit den Palästinensern eine *ethische Unheilserfahrung* durch. Mit der Annahme des Islam erreicht seine Identifikation mit den Palästinensern einen neuen Höhepunkt. Somit distanziert er sich zugleich radikal von der Untätigkeit, die nach seiner Auffassung in Schweizer Politik und Öffentlichkeit gegenüber dem Palästina-Konflikt vorherrscht. Die von ihm wahrgenommene Spannung zwischen der politischen Praxis in der Schweiz und den hoch gepriesenen Werten der Menschenrechte und der Gerechtigkeit (was er als

⁶ Diese Typologie umfasst folgende sechs Modi: intellectual, mystical, experimental, affectional, revivalist und coercive (Lofland und Skonovd 1981).

⁷ Gestützt auf ihrer umfassenden Studie über Konversion zum Islam in Deutschland und den USA identifiziert Wohlrab-Sahr drei Konversionstypen: „Implementation von Geschlechtsehre“, „Methodisierung der Lebensführung“ und „symbolische Emigration/symbolischer Kampf“ (Wohlrab-Sahr 1999)

⁸ Gemäss der islamischen Lehre besteht die „Raison d’Être“ dieser Religion darin, Menschen zum „geraden Weg“ zu führen. So kommt das Konzept *Hidayah* (Rechtleitung) bereits in der ersten Sure des Koran (Al-Fatihah – „die Eröffnende“) in deklinierter Form vor:

„Führe uns den geraden Weg,

Den Weg derer, denen Du gnädig bist,

Nicht derer, denen Du zürnst, und nicht der Irrenden.“ (Der Koran I:5-7) (siehe Schimmel 1990:29).

„Heuchelei“ bezeichnet) und sein daraus folgender Entschluss, zum Islam zu konvertieren, lässt sich am besten durch die Anomie-Theorie von Peter Heintz (1968) erklären: Statt sich in einem der im Mertonschen Modell vorgesehenen Modi der Konfliktverarbeitung⁹ zu verhalten, entscheidet sich Urs für die Zuwendung an ein radikal anderes Wertesystem.¹⁰ Mit anderen Worten geschieht hier – um mit Bornschiefer zu sprechen – eine Neutralisierung des Konflikts durch *subkulturelle Differenzierung* (Bornschiefer 2007:15).

Bei Vincent lässt sich ein Wandel von einer pragmatisch motivierten Konversion zur tatsächlichen Übernahme der neuen Glaubensvorstellung feststellen. Dabei ist ein gewisser Sozialisationsprozess erkennbar. Seine Identifikation mit dem Islam ist aber auch als Folge der Stigmatisierung dieser Religion in der Schweiz zu sehen – ein Effekt, den Cesari (2004) als *inversion of stigma* bezeichnet. Hier steht *Identitätskrise* in einer dialektischen Beziehung zur Konversion. Einerseits ist die Identitätskrise eine Folge der Konversion; andererseits wird durch die Identitätskrise die Identifikation mit dem neuen Glauben vertieft.

Schlusswort

Aus den drei besprochenen narrativen Interviews lassen sich einige Anhaltspunkte für die theoretische Diskussion gewinnen. In allen drei untersuchten Fällen kann ein gewisser Zusammenhang zwischen Konversion und Krisenerfahrungen festgestellt werden. Dies allerdings mit zwei Einschränkungen: Zum einen kann Konversion sowohl die Folge als auch der Auslöser einer Krise sein. Zum anderen kann Krise in sehr unterschiedlichen Formen und sehr unterschiedlichen Bereichen des sozialen Lebens auftauchen.

Literatur

- Bauman, Zygmunt (2009). *Gemeinschaften: Auf der Suche nach Sicherheit in einer bedrohlichen Welt*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Blasi, Anthony (2009). The Meaning of Conversion: Redirection of Foundational Trust. In: Giordan, Giuseppe (ed.). *Conversion in the Age of Pluralism (11-32)*. Leiden: Brill.

⁹ Die in der Anomie-Theorie Mertons vorgesehenen Reaktionsformen bezüglich der Ziel-Mittel-Diskrepanz bestehen aus *Konformität, Innovation, Ritualismus, Rückzug* und *Rebellion* (Merton 1949).

¹⁰ Hierzu bietet sich der Islam als eine fremde und stigmatisierte Religion einen optimalen Bezugsrahmen: „das spezifische an der Problemlösung via Konversion zum Islam ist, dass sie sich eines maximalen Kontrasts zum gewohnten Kontext bedient“ (Wohlrab-Sahr 1999: 359-60).

- Bornschiefer, Volker (2007). *Konflikt, Gewalt, Kriminalität und abweichendes Verhalten. Ursachen, Zeit- und Gesellschaftsvergleiche*. Zürich: Loreto Verlag VB.
- Cesari, Jocelyne (2004). *When Islam and Democracy meet*. New York: Palgrave Macmillan.
- Durkheim, Émile (1983 [1897]). *Der Selbstmord*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Giordan, Giuseppe (2009). Preface: The Sociology of Conversion. In: Giordan, Giuseppe (ed.). *Conversion in the Age of Pluralism (VII-XIII)*. Leiden: Brill.
- Heintz, Peter (1968). *Strukturelle und anomische Spannungen*. In: Heintz, Peter (Hg.) (1968). *Einführung in die soziologische Theorie* (280-99). Stuttgart: Enke (nur in der zweiten, erweiterten Auflage).
- Lofland, John and Norman Skonovd (1981). Conversion Motifs. *Journal for the Scientific Study of Religion*, 20(4), 373-385.
- Merton, Robert K. (1949). *Social Theory and Social Structure. Toward the Codification of Theory and Research*. Glencoe IL: Free Press.
- Richardson, James and Mary Stewart (1977). Conversion Process Models and the Jesus Movement. *American Behavioral Scientist*, 20(6), 819-838.
- Riesebrodt, Martin (2007). *Cultus und Heilsversprechen: Eine Theorie der Religionen*. München: C. H. Beck.
- Schimmel, Annemarie (1990). *Der Islam: Eine Einführung*. Stuttgart: Reclam.
- Wohlrab-Sahr, Monika (1999). *Konversion zum Islam in Deutschland und den USA*. Frankfurt a.M.: Campus.

Suizidversuch(e) als Ausdruck einer persönlichen Krise? Empirische Betrachtungen

Silvia STAUBLI*

Viele von uns werden ein- oder mehrmals im Leben mit dem Thema Suizid konfrontiert; im Rahmen der Familie, des Freundeskreises oder der Arbeit. Diese Erfahrungen spiegeln sich in Zahlen wieder, zählt die Schweiz – trotz rückläufiger Tendenzen – nach wie vor zu den Ländern mit hohen Suizidraten, vor allem was Jugendliche betrifft. Trotz dieser Häufigkeit sind Suizide und Suizidversuche nach wie vor ein Tabu, was unter anderem mit mangelndem Wissen und falschen Vorstellungen, aber auch mit fehlenden Aufklärungs- und Präventionsprogrammen zu erklären ist. Eine wichtige Rolle in der Aufklärung nimmt die Forschung ein, indem sie Hinweise über Ursachen und Zusammenhänge liefert. Während Suizide breit erforscht sind, fehlt es an nationalen Zahlen zu Suizidversuchen, was unter anderem an der Schwierigkeit ihrer Erfassung liegt. Experten sehen in Suizidversuchen einen Ausweg aus einer (temporären) Krisensituation. Hierbei gilt es, zwischen verschiedenen Gefährdungsgruppen zu unterscheiden.

Situation in der Schweiz

Trotz gesamthaft kontinuierlich sinkenden Suizidraten in den letzten Jahren – minus 7.5% zwischen 1995 und 2008¹ – bleibt der Suizid ein aktuelles Problem in der Schweiz: Bei den 25 bis 44-jährigen Männern und bei den 15 bis 24-jährigen Frauen gilt Suizid nach wie vor als Haupttodesursache (Berrut und Junker 2008). Im internationalen Vergleich bewegt sich die Schweiz im Mittelfeld, nachdem sie vor ein paar Jahren bezüglich Suizidraten noch zu den Spitzenreitern zählte (OECD 2011). Einige bereits von Durkheim (2002) aufgestellte Thesen haben nach wie vor ihre Gültigkeit. Im Landesvergleich weisen reformierte Kantone meist höhere Suizidraten auf als katholische. Zudem ist die Rate höher, je urbaner ein Kanton ist. Bei den soziodemographischen Merkmalen spielen das Geschlecht, das Alter und vor allem der Zivilstand eine Rolle, wobei Männer, jüngere Personen und Menschen über 75 Jahren, sowie allein lebende, geschiedene und verwitwete Personen ein höheres Suizidrisiko aufweisen (BAG 2005).

* Lic. phil. Silvia Staubli ist Diplomassistentin am Studienbereich Soziologie, Sozialarbeit und Sozialpolitik der Universität Freiburg (CH). E-Mail: silvia.staubli@unifr.ch

¹ Eigene Auswertungen basierend auf den Zahlen vom Bundesamt für Statistik.

Weniger breit erforscht sind Suizidversuche. Dabei sind sie im Zusammenhang mit Suiziden ein nicht zu vernachlässigendes Problem. Personen, die bereits einmal einen Suizidversuch unternommen haben, weisen im Vergleich zur restlichen Bevölkerung ein bis zu vierzigmal höheres Risiko auf, einen weiteren Suizidversuch zu begehen (Suominen et al. 2004). Das Risiko bleibt zudem über Jahre hinweg hoch und nimmt mit jedem weiteren Versuch zu. Ein Grund für die mangelnde Datenlage liegt unter anderem daran, dass Suizidversuche nur dann als solche erkannt und erfasst werden, wenn die Betroffenen in einer medizinischen Einrichtung behandelt werden. Gestützt auf regionale Erhebungen in Basel und Bern, sowie Jugendbefragungen wie jene der SMASH Studie (Swiss Multicenter Adolescent Survey on Health Study), geht das Bundesamt für Gesundheit (2005) davon aus, dass 10% aller Schweizer im Laufe ihres Lebens einen oder mehrere Suizidversuche begehen. Pro Jahr versuchen 15'000 bis 25'000 Menschen, sich das Leben zu nehmen, wovon ungefähr 10'000 Personen medizinisch behandelt werden. Es kann von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden. Ich habe in meiner Forschung zu Suizidversuchen in der Schweiz herausgefunden, dass bei jungen Männern auf einen Suizid über hundert Suizidversuche kommen (Staubli 2013).

Im Gegensatz zu den Suiziden sind die Suizidversuchsraten bei Frauen höher als bei Männern, am deutlichsten ist dies bei Jugendlichen auszumachen (Narring et al. 2003)². Weiter haben Alleinlebende und Alleinerziehende ein doppelt so hohes Suizidversuchsrisiko wie Personen, die in einer Zweieltern-Kind-Familie leben. Schliesslich ist die Rate an Suizidversuchen bei Personen mit Grundschulabschluss, bei Erwerbslosen und bei der ausländischen Wohnbevölkerung höher, wobei keine markanten Unterschiede zwischen verschiedenen Religionsgruppen auszumachen sind (BAG 2005).

Unterschiede zwischen verschiedenen Gefährdungsgruppen

Wie können die Zahlen gedeutet werden? Bis anhin fehlen vertiefende Studien für die Schweiz, welche die gefundenen Merkmale in komplexeren empirischen Modellen miteinander vergleichen. Experten gehen davon aus, dass Suizidversuche selten von langer Hand geplant sind. Bei einem einmaligen Suizidversuch gilt als Auslöser meist eine (vorübergehende) Krisensituation verbunden mit Gefühlen der Hoffnungslosigkeit und Depression (Sakinofski 2000). Für dieses Argument spricht, dass bei Suizidversuchen der (präventive) Einfluss der Religionszugehörigkeit wegfällt, welcher bei Suiziden empirisch festgestellt wurde. Dies lässt vermuten, dass unmittelbare Faktoren schwerer wiegen als Überzeugungen und das damit in Zusammenhang gebrachte soziale Umfeld, welches in der Prävention als wichtige Stütze gesehen wird. Hierbei

² In der Berner Studie wurde die höchste Rate bei den 16 bis 19-jährigen Frauen gefunden: auf 100'000 Personen kamen 346 Suizidversuche (Reisch et al. 2009).

ist allerdings wichtig, zwischen verschiedenen Gefährdungsgruppen zu unterscheiden. Bei jugendlichen Suizidversuchen kommen Faktoren zum Tragen, welche bei Erwachsenen keinen Einfluss mehr ausüben. Gerade im Jugendalter spielen Ablösungsprozesse und die Identitätssuche eine wichtige Rolle, was zu persönlichen Krisen führen kann. Wir haben herausgefunden, dass auch länger zurückliegende, negative Ereignisse der Kindheit, wie ein Missbrauch oder ein vermehrtes Plagen in der Schule (das sogenannte „bullying“), sich nachhaltig negativ auswirken, und zu einer erhöhten Rate von Suizidversuchen bei jungen Menschen führen können (Staubli und Killias 2011). Im Gegensatz hierzu zeichnen sich am anderen Ende des Altersspektrums andere Mechanismen verantwortlich für den Wunsch, aus dem Leben zu scheiden. Unheilbare Krankheiten, Altersgebrechen sowie soziale Vereinsamung tragen nicht zuletzt dazu bei, dass die Zahlen für assistierten Suizid in der Schweiz ein stetiges Wachstum verzeichnen (BFS 2012).

Weiter muss zwischen einmaligem und mehrmaligem Suizidversuch differenziert werden. Die hohe Anzahl an wiederholten Suiziden – mehr als 40% der behandelten Personen in der Region Bern hatten bereits einen oder mehrere Suizidversuche hinter sich (Reisch et al. 2009) – deuten eher auf längere Leidenswege denn auf vorübergehende Krisen hin. Bei mehrmaligen Versuchen spielen psychische Erkrankungen eine Rolle, eine angemessene Behandlung ist dementsprechend wichtig.³ Nebst den individuellen Komponenten, welche einen erneuten Suizidversuch begünstigen, gilt auch ein schlechtes soziales Netzwerk als zusätzlicher Risikofaktor (Johnsson Friedell, Öjehagen und Träskman-Bendz 1996).

Hinter jedem Suizidversuch steht eine persönliche Krise, doch sind die Umstände und tatsächlichen Gründe vielfältig. Sei es der Liebeskummer eines Teenagers oder die soziale Isolation einer alleinstehenden Person, jeder Suizidversuch ist ernst zu nehmen und zu behandeln. Denn wer einmal zu dieser Form der Krisenbewältigungsstrategie gegriffen hat, läuft Gefahr, es wieder zu tun.

Literatur

- Berrut, Sylvie und Christoph Junker (2008). *Von Generation zu Generation: Entwicklung der Todesursachen 1970 bis 2004*. Neuchâtel: BFS.
- Bundesamt für Gesundheit BAG (2005). *Suizid und Suizidprävention in der Schweiz. Bericht in Erfüllung des Postulates Widmer (02.3251)*. Lausanne: BAG.
- Bundesamt für Statistik BFS (2012). *BFS Aktuell – 14 Gesundheit. Todesursachenstatistik 2009*. Lausanne: BFS.

³ Fast 70% der erfassten Personen in der Berner Studie wurden einer stationären psychiatrischen Behandlung zugewiesen (Reisch et al. 2009).

- Durkheim, Emile (2002). *Der Selbstmord*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Johnsson Fridell, Eva, Agneta Öjehagen und Lil Träskman-Bendz (1996). A 5-year follow-up study of suicide attempts. *Acta Psychiatrica Scandinavica* 93, 151-157.
- Narring, Françoise, Annemarie Tschumper, Laura Inderwildi Bonivento, André Jeannin, Véronique Addor, Andrea Bütikofer, Joan-Carles Suris, Chantal Diserens, Françoise Alsaker und Pierre-André Michaud (2003). *Santé et styles de vie des adolescents âgés de 16 à 20 ans en Suisse (2002)*. Lausanne: Institut Universitaire de Médecine Sociale et Préventive/Bern: Institut für Psychologie/Bellinzona: Sezione Sanitaria.
- OECD (2011). *Health at a Glance 2011: OECD Indicators*. OECD Publishing.
- Reisch, Thomas, Timur Steffen, Anja Maillart und Konrad Michel (2009). *Monitoring des suizidalen Verhaltens in der Agglomeration Bern im Rahmen der WHO/MONSUE Multicenter Study on Suicidal Behaviour und des Berner Bündnisses gegen Depressionen*. Bern: Universitäre Psychiatrische Dienste Bern (UPD).
- Sakinofsky, Isaac (2000). Repetition of suicidal behaviour. In: Haston, Keith und Kees van Heeringen (Hg.): *The international handbook of suicide and attempted suicide*. Chichester, John Wiley and Sons, 385-404.
- Staubli, Silvia (2013). Suizidversuche und Suizide in der Schweiz. Analysen zum Verhältnis. *Suizidprophylaxe* 40(152), 14-17.
- Staubli, Silvia und Martin Killias (2011). Long-term outcomes of passive bullying during childhood: Suicide attempts, victimization and offending. *European Journal of Criminology*, 8(5), 377-385.
- Suominen, Kirsi, Erkki Isometsä, Jaana Suokas, Jaari Hauka, Kalle Achte und Jouko Lönnqvist (2004). Completed Suicide After a Suicide Attempt: A 37-Year Follow-Up Study. *The American Journal of Psychiatry*, 161, 563-564.

Mitdenken – Mitreden – Mitgestalten

Als Studentin oder Student mit Hauptfach Soziologie oder Sozialarbeit und Sozialpolitik bist du automatisch Mitglied der zweisprachigen **Fachschaft SoFa**. Diese Mitgliedschaft ist DEIN Schlüssel zu einer aktiven Mitgestaltung des Studiums und des universitären Lebens!

Was ist die Fachschaft?

Die Fachschaft Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit (SoFa) ist die Gesamtheit aller Studierenden in diesem Fachbereich: Jede Studentin, jeder Student ist ein gleich- und vollwertiges Mitglied. Das oberste Gremium, das Fachschaftskomitee, besteht aus engagierten Studentinnen und Studenten, die neben ihren Studienaktivitäten auch etwas für das Wohlergehen der Studierenden tun möchten.

Aktivitäten der Fachschaft

Nebst diversen alljährlich wiederkehrenden Events wie dem Spaghetti-Plausch für die Erstsemestrigen, der Fachschaftsparty oder dem traditionellen Weihnachtsapéro organisiert die SoFa auch themenspezifische Aktivitäten wie Filmabende, Diskussionsrunden und Exkursionen. Daneben unterstützt die Fachschaft Studierende bei der Lösung von Problemen, gestaltet Studienreglemente und -projekte mit oder stimmt über die Anstellung neuer Dozenten ab.

Kontakt – Wir freuen uns immer über neue Komitee-Mitglieder!

Möchtest du dich im Vorstand der Fachschaft engagieren, ein Ressort leiten oder unterstützen oder einen spannenden Anlass mitorganisieren? Die Fachschaft bietet dir viele interessante Möglichkeiten zur Mitgestaltung von Projekten und Events!

Auch für Fragen und bei Unklarheiten stehen wir gerne zur Verfügung:

- Moodle-Plattform: <http://moodle.unifr.ch/course/view.php?id=6229>
Nur für Studierende des Lehrstuhls Soziologie, Sozialarbeit und Sozialpolitik!
Zur Kommunikation der Studierenden mit der SoFa; Informationen, Sitzungsdaten, Protokolle der SoFa-Sitzungen, etc.
- Homepage: <http://student.unifr.ch/travsoc/>
Mit Informationen zu den Aktivitäten der Fachschaft, interessanten Links und Jobangeboten
- Email: fs-sofa@unifr.ch

Wir gratulieren!

Zum Master-Abschluss

Merlinda Bajo: Der Unwille zur Veränderung? – Gründe der Rückfälligkeit. Eine qualitative Untersuchung der Rückfälligkeitsgründe aus Sicht der befragten Insassen in vier verschiedenen Strafanstalten der Deutschschweiz

Sabine Hunziker: Diskurs und Ausschluss. Analyse des Diskurses verschiedener Akteure rund um die Aktionen von 2000 bis 2007 auf dem Berner Bahnhofplatz der Gassenküche SIKB und dessen Wirkung auf die Rezipienten

Nadine Käser: Das Quartier gehört zu dir und du zum Quartier. Die Aneignung des benachteiligten Quartiers Untermatt aus Sicht langjähriger Bewohnerinnen und Bewohner

Tanja Klöti: Jugendöffentlichkeit. Qualitative Studie zu jugendlichen Aneignungsprozessen in öffentlichen Räumen der Stadt Basel

Sarah Marti: Suchtmittelkonsum von Jugendlichen. Welchen Einfluss haben die Eltern und die Peer Group auf den Konsum von Alkohol, Tabak und Cannabis?

Madlaina Schneider: Die Erwerbssituation von Absolvent/innen der zweijährigen Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest (EBA) ein Jahr nach Abschluss der Ausbildung. Eine quantitative Studie in den Kantonen Baselland, Basel-Stadt, Luzern, Obwalden und St. Gallen

Claudia Schuwey: Neue Perspektiven auf das Geschlechterverhältnis? Deutungen von Geschlecht und Gleichstellung in ausgewählten Debatten des Grossen Rates des Kantons Bern – Eine diskursanalytische Untersuchung

Matthias Steiner: Gesellschaftliche Partizipation und Teilhabe. Ein Vergleich zwischen eingebürgerten Schweizern aus drei Herkunftsnationen

Rebekka Wieland: Freiwilligenarbeit im Alter. Die Bedeutung von formellen sozialen Freiwilligentätigkeiten aus der Perspektive von pensionierten Männern und Frauen

Zum Bachelor-Abschluss

Corinne Amstutz Hugi

Manuela Baechler

Barbara Isabel Barco

Regula Berni

Jill Christen

Anne-Marie Cugni

David Fux

Andrea Grünwald

Andreas Guggisberg

Kharin Heng

Gianna Jost

Melis Koc

Alice Leibundgut

Monica Marti

Nadia Meng

Rahel Portmann

Selina Rietmann

Madleina Rüsches

Michèle Schwab

Lorena Soppelsa

Myriam Nora Weber

Carole Weissbrot

Stéphanie Würth